

---

## Rezensionen / Book Reviews

**Christoph U. Schminck-Gustavus, Winter in Griechenland. Krieg – Besatzung – Shoah 1940–1944, Wallstein Verlag: Göttingen 2010. 344 Seiten. € 29,90**

Christoph Schminck-Gustavus ist einer der wenigen deutschsprachigen Autoren der Gegenwart, deren Veröffentlichungen im Ausland weitaus bekannter sind als hierzulande und infolgedessen auch immer wieder zuerst in einer anderen Sprache erscheinen. Das hier anzuzeigende Buch gehört zu dieser Gruppe: Es wurde 2008 als zweiter Band einer griechischsprachigen Trilogie über die „*Mnímes katochís*“, die alltagsgeschichtlichen Erinnerungen an die deutsch-italienische Besatzungsherrschaft in den Jahren 1940–1944, veröffentlicht. In diesem zweiten Band, der nun auch auf Deutsch vorliegt, rekonstruiert der Verfasser die Kriegseignisse in Ioannina, der nordwestgriechischen Bezirkshauptstadt des Epirus nahe der albanischen Grenze. Für die Stäbe der deutschen 12. Armee und später des XXII. Gebirgs-Armeekorps, das die italienischen Besatzer im September 1943 entwaffnete und das Epirus-Gebiet in die deutsche Okkupationsherrschaft einfügte, war Ioannina ein Nebenschauplatz. Nicht aber für die Italiener und Griechen. Die Truppen des faschistischen Italien hatten Griechenland Ende Oktober 1940 von der albanischen Südgrenze aus angegriffen, und bis zum deutschen Einmarsch im April 1941 war in Ioannina der Generalstab der griechischen Epirus-Armee stationiert gewesen. Nach der Kapitulation vor den Deutschen wurde die Region dann den Italienern als Okkupationsgebiet überlassen, und ab September 1943 begann die deutsche Schreckensherrschaft des XXII. Gebirgsarmeeekorps und seiner im Epirus operierenden 1. Gebirgsjägerdivision. In der gleichen Zeit wurde die Region zu einem der bedeutendsten Zentren des griechischen Widerstands.

Über die militär- und widerstandsgeschichtlichen Aspekte dieses Geschehen existiert seit längerem eine umfangreiche Forschungsliteratur, die inzwischen auch die anschließenden Jahre des Bürgerkriegs einbezieht. Zusätzlich haben einige deutschsprachige Autoren in den vergangenen Jahren die von den Deutschen begangenen Massaker und Kriegsverbrechen aufgearbeitet. Was bislang aber fehlte, war der Blick auf den verdüsterten Alltag dieser Jahre, der sich nur aus der Perspektive der Zeitzeugen rekonstruieren lässt. Hier setzte Christoph Schminck-Gustavus an. Er bereiste die Epirus-Region und Ioannina erstmalig 1978 auf der Suche nach einem von den Deutschen zerstörten Dorf. 1989 kehrte er nach Ioannina zurück und reaktivierte den Kreis seiner Freunde und Mittler, um sich Zugang zu weiteren Zeitzeugen zu verschaffen und ihre Berichte aufzuzeichnen. Den konzeptionellen Ansatz, den er dabei verfolgte, beschrieb er einem Interviewpartner gegenüber einmal folgendermaßen: „Über die großen Täter forschen andere. Mich interessiert der Alltag des Krieges. Wie ihn die ‚kleinen Leute‘ erlebt haben: Frauen, Kinder, Alte. Deshalb bin ich gekommen“ (S. 111).

Auf diese Weise ist es dem Verfasser gelungen, den Blick auf die Geschichte der Epirus-Region in den Kriegsjahren zu erweitern, ungesichert oder nur gerüchteweise Überliefertes zu klären und die oftmals durch die Katastrophe des anschließenden Bürgerkriegs verdeckten Abgründe der deutschen Besatzungsherrschaft auszuloten. Das ist überaus verdienstvoll. Wer das Buch durcharbeitet, wird mit eindrucksvollen Erinnerungen an die Folgen der Partisanenbekämpfung für die Gemeinschaften der Gebirgsdörfer, mit oftmals lakonisch zu Protokoll gegebenen Berichten über den chronischen Hunger und die alltäglichen Entbehrungen, mit der Schilderung der gesellschaftlichen Vernetzungen von Widerstand und Kollaboration und insbesondere mit den Erinnerungen nichtjüdischer Zeitzeugen an die Deportation der jüdischen Gemeinde von Ioannina konfrontiert, die in den Morgenstunden des 25. März 1944, des griechischen Nationalfeiertags, stattfand. Der Beitrag, den der Verfasser zur sozialgeschichtlichen Synopse der deutsch-italienischen

Besatzungsherrschaft in Griechenland leistete, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wer die Epirus-Region bereist und nicht nur ihre archäologischen und kulturgeschichtlichen Reichtümer in Augenschein nehmen möchte, sollte dieses Buch als Leitfaden zur Hand nehmen, der ihm / ihr den Blick auf das wohl düsterste und folgenreichste Kapitel in der Geschichte des 20. Jahrhunderts frei macht.

So weit so gut, werden nun manche sagen. In den vergangenen Jahren wurden mehrere Dutzend regionalgeschichtliche Untersuchungen zur Besatzungsherrschaft im deutsch beherrschten Europa veröffentlicht, die überwiegend auf mündlichen Quellen basieren. Wäre es da nicht angemessener, den vorliegenden Beitrag in eine Sammelbesprechung einzuordnen? Das klingt auf den ersten Blick plausibel. Aber es gibt gewichtige zusätzliche Gründe, die eine separate Besprechung mehr als rechtfertigen. Schminck-Gustavus agiert nämlich bewusst außerhalb des – inzwischen wegen seiner relativierenden Beliebigkeiten langweilig gewordenen – Kanons der akademischen Oral History. Er hat einen neuen konzeptionellen Ansatz entwickelt, der die Auseinandersetzung mit den Zeitzeugen wieder zu einer faszinierenden Angelegenheit macht. Dabei beschränkt er sich keineswegs darauf, die ihm präsentierten Erinnerungen anhand der schriftlichen Quellen zu überprüfen und mit der Berichterstattung der Akteure der Besatzungsherrschaft zu konfrontieren; auch die dadurch erreichte wechselseitige Quellenkritik genügt ihm nicht als Wegmarke zur Annäherung an die historische Wahrheit. Er geht noch einen Schritt weiter und bringt seine eigenen Reflexionen in den Dialog mit seinen Interviewpartnern ein. Auf diese Weise entsteht eine sich mehrfach reflektierende Darstellungsebene, die in der Sozialwissenschaft als „Aktionsforschung“ bekannt, jedoch in der Geschichtsschreibung keineswegs üblich ist. Das Ergebnis ist eine mehrschichtige Darstellung, die die Selbstwahrnehmung und Selbstüberprüfung des Untersuchers voll einbezieht und die Grenzen des akademischen Metiers planvoll aufsprengt. Das Buch ist zunächst einmal ein Reise- und Recherchebericht, also das, was ein als reisender Interviewer agierender Histori-

ker üblicherweise nur seinem Tagebuch anvertraut. Es ist zweitens ein sich immer wieder neu einfädelndes Zwiegespräch zwischen dem Interviewer und seinen Gesprächspartnern, das an planvoll ausgewählten Orten – etwa den Häusern, in denen die Armeestäbe oder die Kommandantur der Geheimen Feldpolizei untergebracht waren – stattfindet. Das Buch integriert drittens bei der Aufklärung von Schlüsselereignissen, insbesondere der Vernichtung der jüdischen Gemeinde von Ioannina, die in der Weltliteratur greifbaren Forschungsergebnisse anderer Autorinnen und Autoren mit zusätzlichen Archivrecherchen, so dass die im Ergebnis der eigenen lokalen Nachforschungen offen gebliebenen Fragen Schritt für Schritt beantwortet werden (3. Kapitel, S. 147 ff.). Durch diese bewusst entwickelte Vielschichtigkeit entsteht ein faszinierender Spannungsbogen, der die Leserinnen und Leser in das Geschehen einbezieht: Das Buch ist ein Meisterwerk, in dem die integrierende historische Analyse als Reise- und Untersuchungsbericht gestaltet ist. Die Kreativität dieser Grenzüberschreitung macht es dem Verfasser dann auch möglich, das alltägliche Verhalten der deutschen Besatzungsoffiziere zu rekonstruieren (2. Kapitel, S. 57 ff.) und die sich über fast zwei Jahrzehnte hinziehende Schadloshaltung der für die Vernichtung der Juden von Ioannina verantwortlichen Täter durch die bremische Justiz (4. Kapitel, S. 215 ff.) kritisch aufzuarbeiten.

Letztlich ist das von Christoph Schminck-Gustavus vorgelegte Buch auch ein Selbstzeugnis. Dies erweist sich vor allem beim Bericht über die Begegnung mit einem alten jüdischen Tuchhändler, der Auschwitz überlebt hatte und der dem sich unangemeldet als „deutscher Historiker“ präsentierenden Verfasser die Tür wies. Der furchtbare Schrecken, in den Schminck-Gustavus diesen alten Mann gestürzt hatte, sollte ihn nicht mehr los lassen. In der Schlusspassage des Buchs beschreibt er, wie ihm der Tuchhändler nach dem Studium der Bremer Justizakten in einem halluzinierten Gerichtsverfahren wieder erschien. Das Buch endet mit diesem Übergang ins Literarische. Es bezeugt die Mühsale unserer Generation der heute Fünfundsechzig- bis Siebzijährigen. Jahrzehntelang haben wir ver-

sucht, die durch unsere Eltern- und Großelterngeneration verantworteten Geschehnisse im deutsch beherrschten Europa des Zweiten Weltkriegs zu verstehen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Das ist uns nur sehr bedingt gelungen. Vielleicht ist das auch der Grund, weshalb wir heute ausgerechnet am Fall Griechenland mit einer schrecklichen Neuauflage der Hybris der deutschen Herrschaftseliten konfrontiert sind.

*Karl Heinz Roth*

**Ahlich Meyer, Das Wissen um Auschwitz. Täter und Opfer der „Endlösung“ in Westeuropa, Ferdinand Schöningh: Paderborn / München / Wien 2010. 238 Seiten. € 29,90**

Ahlich Meyers jüngstes Buch schließt an seine 2005 erschienene Studie *Täter im Verhör* an. Dort untersuchte Meyer die Entlastungsargumente, die an der Deportation der Juden aus Frankreich beteiligte NS-Täter vor Gericht bemüht haben. Vor allem ging es ihm um den Hinweis, dass diese Entlastungsargumente in der viel diskutierten „Unvorstellbarkeit“ des organisierten Massenmords eine reale Grundlage hatten – wobei besagte „Unvorstellbarkeit“, wie Meyer in dem hier besprochenen Buch unterstreicht, in der „Organisationsform und Inszenierung des Verbrechens durch die Täter“ begründet gewesen sei (S. 156).

In *Das Wissen um Auschwitz* werden neben den Deportationen aus Frankreich auch die aus Belgien und den Niederlanden behandelt; darüber hinaus setzt sich Meyer nicht mehr nur mit den Aussagen der Täter, sondern auch mit den Zeugnissen der Opfer auseinander. Die Leitfragen seiner Untersuchung formuliert er selbst wie folgt: „Was wusste die Masse der deutschen Tatbeteiligten von Auschwitz und was haben die verfolgten und deportierten Juden geahnt oder gewusst?“ (S. 7) Diesen naheliegenden und scheinbar einfach zu klärenden Fragen sei bis heute nicht mit der gebotenen Gründlichkeit nachgegangen worden.

Im ersten, Frankreich gewidmeten Kapitel analysiert Meyer Einlassungen, Gerichtsaussagen und private Äußerungen von Ernst Jünger, Werner Best, dem Beamten des deutschen Verwaltungsstabs Walter Bargatzky und anderen. Aufgrund seiner Auswertung dieser Quellen gelangt Meyer zu einem differenzierten Ergebnis. Die Massenerschießungen in Osteuropa waren den Angehörigen deutscher Dienststellen in Frankreich spätestens Anfang 1942 bekannt. Zeitgleich waren Gerüchte über Tötungen durch „Gaskommandos“ in Umlauf, genährt durch Mitteilungen von Heimaturlaubern aus dem Osten. Dagegen haben Angehörige der Militärverwaltung und der Sicherheitspolizei Meyer zufolge, wenn überhaupt, dann erst im letzten Besatzungsjahr (1943/44) eine rudimentäre Kenntnis von den Vernichtungslagern erworben, obgleich vielen von ihnen bereits bald nach Beginn der Massendeportationen im Sommer 1942 klar gewesen sein muss, dass es ein irgendwie geartetes Mordprogramm auch für westeuropäische Juden gab und es sich bei der Rede um den „Arbeitseinsatz“ um eine Fiktion handelte (S. 32 f.).

Auch für Belgien und die Niederlande konstatiert Meyer, dass diese Sprachregelung bereits Mitte 1942 von den meisten deutschen Tatbeteiligten angezweifelt wurde (S. 38, 53). In Belgien kamen nicht nur Angehörigen der Militärverwaltung, sondern auch den im Sammellager Malines beschäftigten Deutschen Nachrichten über die systematische Tötung der aus Belgien deportierten Juden zu Ohren. Gespräche über diese Nachrichten wurden im gesamten Besatzungsapparat, auf allen Ebenen der Hierarchie geführt. Zwar ist Meyer zufolge nicht endgültig zu klären, was als „Feindpropaganda“ abgetan und was geglaubt wurde. Angesichts der Dichte der Nachrichten müsse man jedoch festhalten, dass die „Masse der Täter“ relativ bald nach Beginn der Deportationen „auf die eine oder andere Weise informiert war“ (S. 51).

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in den Niederlanden, Wilhelm Harster, erklärte 1966 gegenüber der Münchner Staatsanwaltschaft, es sei ihm bereits zu Beginn der Deportationen im Juli 1942 zur „Gewissheit“ geworden,

dass die Deportierten „über kurz oder lang ihrer physischen Vernichtung entgegengingen“ (zit. S. 64). Meyer betont, dass die Informationsquellen, auf die Harster seine Erkenntnis zurückführte – Meldungen des ausländischen Rundfunks und der Widerstands- presse sowie „die aus dem Osten durchsickernden Nachrichten über die dort durchgeführten Judenmaßnahmen“ (zit. ebd.) –, allgemein zugänglich waren, was den Schluss nahelegt, dass sich die meisten der in den Niederlanden wirkenden Deutschen recht bald über den Zusammenhang von Deportation und Massenmord bewusst gewesen sein müssen. Eine genaue, vor Kriegsende erlangte Kenntnis vom „Umfang des Massenmords“, von den „Tötungstechniken“ oder „von den Vernichtungslagern und der Systematik des Tötens“ lasse sich für die Angehörigen des Besatzungsapparats in den Niederlanden zwar ebenso wenig wie für die entsprechenden Tätergruppen in Frankreich und Belgien nachweisen (S. 78). Es bleibe jedoch das „moralische Paradox“, das auch ein Wissen, „das gemessen am Gesamtgeschehen zwar begrenzt blieb, zur moralischen Beurteilung von Handlungen und Handlungsfolgen aber allemal ausreichte“, nicht dazu führte, dass die Täter ihre Beteiligung am Massenmord aufkündigten (S. 79).

Im zweiten Teil seines Buches wendet Meyer sich den Überlebenden und ihren Zeugnissen zu. Einleitend werden einige grundlegende Überlegungen zur historischen Zeugenschaft angestellt. Vorstellungen von der Unmöglichkeit jeglicher Zeugenschaft weist Meyer zurück. Er rechnet insbesondere mit Giorgio Agambens Interpretation von Primo Levis *Die Untergegangenen und die Geretteten* ab. Meyer wirft Agamben vor, den Mord an den Juden zum „Gegenstand einer intellektuellen Rhetorik“ zu machen: Levis Problematisierung der Zeugenschaft werde auf eine Weise überspitzt, die „nicht das Geringste zum Verständnis des Geschehens“ beitrage (S. 84). Mit dem amerikanischen Literaturwissenschaftler James E. Young, der den Charakter des Zeugnisses als „Narrativ“ unterstreicht, geht Meyer weniger hart ins Gericht. Den Hinweis etwa auf „wiederkehrende Erzählmuster“ hält er für gerechtfertigt, be-

steht allerdings darauf, dass auch gefragt werden müsse, ob solche Erzählmuster etwas zu tun haben „mit den Ereignissen selbst“ (S. 85). Meyers Zustimmung und Sympathie gelten vor allem der französischen Historikerin Annette Wieviorka und ihren Bemühungen um eine „Rehabilitierung des Zeugen“ (S. 86). Zustimmend zitiert wird Wieviorkas Hinweis, dass kein Zeugnis getrennt von der konkreten Situation zu verstehen sei, in der es abgelegt werde.

Die Fallstudie zur Deportation der Juden aus Belgien, die im Mittelpunkt des zweiten Teils des Buches steht, beruht auf Aussagen, die 645 belgische Auschwitz-Überlebende machten, als sie Ende der 1940er Jahre mit einem von der belgischen Militärgerichtsbarkeit (*Auditorat Militaire*) formulierten Fragekatalog konfrontiert wurden. Auf Grundlage dieser Aussagen versucht Meyer zu klären, welche Hinweise auf die Vernichtungslager die Überlebenden vor ihrer Ankunft in Auschwitz erhielten und wie sie diese Hinweise deuteten. „Was sagten die Deutschen und was wussten die Juden?“ – so wird die Fragestellung in einer Kapitelüberschrift formuliert.

Meyer konstatiert, dass die aus Belgien nach Auschwitz deportierten Juden vor ihrer Deportation mehr oder weniger deutliche Hinweise auf das ihnen drohende Schicksal bekamen. Schon die „degradierende Behandlung während der ‚Aufnahme‘“ im Sammelager Malines habe einen „Vorgriff auf den künftigen Schrecken“ dargestellt (S. 99). Auch die Zusammensetzung der Deportationszüge und insbesondere die hohe Anzahl von Kindern habe die Rede vom „Arbeitseinsatz“ fragwürdig erscheinen lassen. Und doch hat die überwiegende Mehrheit der vom *Auditorat Militaire* befragten Juden angegeben, „in den Jahren 1942 bis 1944 keine Kenntnis von der Ermordung der nach Auschwitz Deportierten erlangt zu haben, auch nicht durch etwaige Äußerungen von Seiten des Lagerpersonals oder anderer Deutscher“ (S. 101). Es gibt freilich auch Aussagen, die dem diametral widersprechen. So hat etwa die polnische Schneiderin Frajdlja O., die Ende 1943 von der Gestapo in Brüssel verhaftet und im Januar 1944 nach Auschwitz deportiert wurde, festgehalten: „Alle Deportierten wussten, dass sie mit der Deporta-



tion zum Tode verurteilt waren, und die Deutschen gaben uns dies jeden Augenblick zu verstehen“ (zit. S. 127). Die „Beweislage“ ist also „alles andere als eindeutig“ (S. 151).

Wie interpretiert Meyer diese Diskrepanz? Zunächst einmal arbeitet er heraus, dass sich die Bewusstseinslage der Juden zwischen dem ersten Transport (August 1942) und dem letzten (Juli 1944) veränderte. Das geht unter anderem aus den Ende 1942 in größerem Umfang einsetzenden Fluchtbemühungen hervor, die ihren Höhepunkt in einem Massenausbruch am 19. April 1943 fanden (S. 103). Auch gingen die Deutschen gegen Ende der Besatzungszeit dazu über, offene Drohungen auszusprechen: „Überlebende aus den letzten Transporten [konnten] sich weitaus häufiger an offene Todesdrohungen der Deutschen erinnern“ als Überlebende aus den ersten Transporten (S. 107), wenngleich es auch im Frühjahr 1944 offenbar „nicht an der Tagesordnung [war], dass man den Deportierten vor der Abfahrt in Malines enthüllte, wohin die Züge fahren würden“ (S. 108).

Darüber hinaus richtet Meyer das Augenmerk vor allem auf zwei Faktoren: erstens das „Arsenal von Techniken der Desinformation und Irreführung“, mit denen man die Juden „bis zum letzten Moment im Ungewissen über ihren Untergang“ hielt (S. 110). Er spricht mit Hannah Arendt von einer „Totalfiktion“, die „den Orientierungssinn der Opfer zerstören sollte“ (S. 112). Der Topos der „Unvorstellbarkeit“, der sich in so vielen Berichten von Überlebenden findet, habe „nicht zuletzt hier einen *faktischen* Ursprung“ (ebd.).

Für nicht weniger bedeutend hält Meyer zweitens den epistemologischen „Abstand“, der das „Faktum Auschwitz“ von allem trenne, „was die Opfer der Deportationen vorher geahnt, gehört und gewusst haben mochten“ (S. 182), so dass es letztlich kein „Wissen um Auschwitz“ als solches, sondern lediglich „verschiedene Abschattungen dieses Wissens“ geben könne (S. 181). Mit dieser auf den ersten Blick befremdlichen Behauptung bemüht sich Meyer, die von Levi in *Die Untergegangenen und die Geretteten* formulierte

Einsicht zu rehabilitieren und von ihrer irreführenden Interpretation durch Agamben abzugrenzen.

Im Anschluss an Überlegungen des Historikers Walter Laqueur und des jüdischen Widerstandskämpfers Adam Rayski betont Meyer, dass niemand in der Lage gewesen sei, die „Erfahrung eines Vernichtungslagers“ vorab zu denken oder sich „ein Bild davon zu machen“ (S. 160). Schon früh, in Frankreich etwa im Sommer 1942, habe es zwar unter der jüdischen Bevölkerung die weit verbreitete Wahrnehmung des „Herannahen[s] einer tödlichen Gefahr“ gegeben, wenn auch kein detailliertes Wissen um die Tötungsmethoden (S. 159). Doch gebe es einen Bruch zwischen einer solchen Wahrnehmung, wie sie die von Meyer diskutierten literarischen Zeugnisse belegen, und der unmittelbaren Erfahrung von Auschwitz. Wenn die Mehrheit der vom belgischen *Auditorat Militaire* vernommenen Überlebenden die Frage verneinte, ob sie vor ihrer Deportation Kenntnis von den Vorgängen in Auschwitz erhalten habe, dann sei dies nicht nur als Aussage über die im Sammellager Malines verfügbaren Informationen zu verstehen, sondern auch als Ausdruck dieser Diskontinuität zwischen dem über Auschwitz Sagbaren und der Erfahrung des Vernichtungslagers.

Die empirische Ermittlung der Informationen, die Tätern und Opfern der „Endlösung“ in Westeuropa zu verschiedenen Zeitpunkten der deutschen Besatzung zugänglich waren, ist also nur ein Verdienst von Meyers Studie. *Das Wissen um Auschwitz* bietet darüber hinaus auch vielfältige Anregungen zu weiteren Forschungen über die Organisation des Massenmordes. Ob das Phänomen der Täuschung, wie Meyer an einer Stelle schreibt, „im Zentrum des ganzen NS-Systems“ stand (S. 110), sei dahingestellt; ein neuerliches Nachdenken über die Bedeutung der von ihm skizzierten Techniken zur Täuschung der Opfer wäre sicherlich lohnend. Auch Meyers Überlegungen zur Schuld der Täter sind überaus anregend. Im Anschluss an einen Tagebucheintrag Hélène Berr („Das eigene Denken, die Reaktion des eigenen Gewissens zu zerstören, das ist der erste Schritt des Nazismus“: zit. S. 179), hält Meyer fest: „Ob

sie [die Täter] ‚alles‘ wissen, alle Einzelheiten kennen, ist gar nicht entscheidend. Vielmehr handelt es sich um ein Problem der Zerstörung des Denkens, des mangelnden Verstandesgebrauchs“ (ebd.). Es sind Schlussfolgerungen dieser Art, durch die *Das Wissen um Auschwitz* einen Beitrag zu unserem Verständnis des Nationalsozialismus leistet, dessen Wert kaum hoch genug zu veranschlagen ist.

*Max Henninger*

**Mittelweg 36, Heft 4, August / September 2011. Schwerpunkt:  
Die Welt der Lager. 96 Seiten. € 9,50**

„Das Lager [...] ist das biopolitische Paradigma des Abendlandes“, liest man beim italienischen Philosophen Giorgio Agamben (*Homo sacer*, Frankfurt am Main 2002, S. 190). Richtig ist: Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist (auch) eine Geschichte der Lager und umgekehrt. Die Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung, *Mittelweg 36*, hat dazu eine Reihe lesenswerter Aufsätze versammelt, die einen gleichermaßen aktuellen wie differenzierten Blick auf ihren Gegenstand werfen – eher: auf ihre Gegenstände: auf die Lager des *war on terror*, der spanischen *reconcentración* während der Kolonialkriege auf Kuba (1895–98), auf britische *concentration camps* ebenso wie auf stalinistische GULags.

Zum Auftakt analysiert Bernd Greiner die amerikanischen Lager für Terrorverdächtige unter drei systematischen Gesichtspunkten: Extra-Legalität (der Präsident setzt seine Richtlinienkompetenz über Recht und Verfassung), Extra-Institutionalität (die Anti-Terror-Maßnahmen werden an „Parallelbürokratien“ delegiert, und zwischen unterschiedlichen Behörden werden bürokratische Guerillakriege entfacht) und schließlich Extra-Territorialität, die nach Greiner wesentlich zur Dynamisierung der Gewalt in den Gefangenenlagern beigetragen hat. Guantánamo sei kein Synonym für amerikanischen Unilateralismus, so Greiners Fazit, sondern für „einen im Alleingang vollzogenen Bruch mit Selbstbindung und Selbstbe-

schränkung“ (S. 18). Wie sein Vorgänger behandle auch Barack Obama das Strafrecht „nach Opportunitätserwägungen“ (ebd.).

Andreas Stucki widmet sich dem vermeintlichen Aufbruch ins „Jahrhundert der Lager“, der nicht erst durch die Camps des Zweiten Burenkriegs (1899–1902), sondern bereits durch die spanischen Antiguerillamaßnahmen während des Kolonialkriegs auf Kuba markiert sei. Stucki betont, dass die Zwangsumsiedlungen und Internierungen auf der Karibikinsel historisch keineswegs neuartige Phänomene waren, sich in Verbindung mit staatlichen Modernisierungsbestrebungen aber rasch als methodische Blaupause imperialistischer Sicherheitspolitiken weltweit durchsetzten – nicht ohne dabei im Laufe der Zeit ihr Gesicht immer wieder zu verändern. Herrschaftssoziologischen Globaltheorien wie der in Wolfgang Sofskys einschlägiger Studie *Die Ordnung des Terrors* ausgebreiteten erteilt Stucki (gemeinsam mit den meisten anderen Beiträgern) daher eine klare Absage. Der Begriff des Konzentrationslagers sei angesichts der Vielfalt der Phänomene bereits für die NS-Lager nicht unproblematisch. „Es gab keine geradlinige Entwicklung einer ‚camp culture‘ entlang einer imaginären Zeitachse, sondern unterschiedliche Strukturen, Strategien und Zielsetzungen“ (S. 31). Viel Arbeit für eine erst noch im Entstehen begriffene vergleichende Lagerforschung!

Eine gröbere und zugleich dezidiert kulturhistorische Perspektive nimmt Richard Overney ein. Er untersucht das Konzentrationslager, für ihn „im Wesentlichen ein Produkt des Ersten Weltkriegs und seiner unmittelbaren Nachwirkungen“ (S. 41), in internationaler Perspektive: „Allen Lagern war gemeinsam, dass sie Ausdruck eines institutionalisierten Misstrauens waren: das Produkt einer zeitgenössischen Besessenheit von Fragen der Identität, Zugehörigkeit und Inklusion“ (S. 46). Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die Lager nach Overney zu „unverzichtbaren Schauplätzen einer Definition der Gesellschaft“ (S. 53). Wie schon Hannah Arendt in *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* versteht Overney die Lager als Reformmotoren für die kollektivistischen „rechten“ wie „linken“ Großprojekte gesellschaftlicher Modernisierung: „Das deut-

sche und das sowjetische Lagersystem boten die Mittel, das Wesen der sozialutopischen Projekte zu definieren, die die beiden Diktaturen in den 1930er Jahren in Angriff genommen hatten“ (S. 48). Man könne sich auf die Lager nur dann einen Reim machen, so Overney, wenn man sie in ihrem Entstehungskontext betrachte, nämlich einer Zeit außergewöhnlicher gesellschaftlicher Verunsicherungserfahrungen und Umbrüche.

Deutlich wendet sich auch Michael Wildt in seinem Aufsatz zum „Funktionswandel der nationalsozialistischen Lager“ gegen die von Sofsky popularisierte These, das NS-Lager sei ein von der Umwelt völlig abgetrennter Ort entgrenzter Gewalt gewesen. Unter Rekurs auf Ernst Fraenkels Begriffspaar „Normenstaat“ und „Maßnahmenstaat“ zeichnet Wildt ein Bild der Lager als – vielgestaltige – Orte, an denen zwar sehr wohl eine (Gewalt-)Ordnung herrschte, nur eben eine flexible und vor allem politische. Dies zeigt sich nach Wildt besonders deutlich an den nationalsozialistischen Inklusionslagern von HJ, BDM und Reichsarbeitsdienst, den Einrichtungen zur Überwachung des „politischen Gesundheitszustand[s] des deutschen Volkskörpers“ (so Reinhard Heydrichs Stellvertreter Werner Best). Wie Richard Overney betrachtet Wildt die Lager als „Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen Umgestaltungswillens, eines politischen Projekts des sozialrassistischen Umbaus von Gesellschaft“ (S. 80). In dessen Zentrum macht Wildt die Arbeit als das „entscheidende Erziehungsmittel“ aus (ebd.).

Als „grundlegend“ für den Ersten Weltkrieg bezeichnet Heather Jones in ihrem profunden und wegweisenden Artikel über Kriegsgefangenenlager die Internierung feindlicher Kombattanten (S. 61). Die signifikanteste „Innovation“ des Lagersystems sieht auch Jones in der Überführung von Kriegsgefangenen in – diversifizierte – Arbeitseinheiten. Unfreie Arbeit wurde „zum normativen Aspekt des Lebens im Krieg“ (S. 63). Dabei war die Ausbreitung der Internierungssysteme für Kriegsgefangene Jones zufolge ein unerwartetes Phänomen. Warum also tauchte es ab 1914 überall in Europa „im Großmaßstab“ auf? Zum einen weist Jones schlicht auf die immen-

sen Gefangenzahlen hin, die eine Bewährungsregelung wie in früheren Zeiten ausschlossen. Zum anderen, so lässt sich Jones' Argumentation verdichten, weil es *technisch* möglich war. In der Tat bot das Kriegsgefangenenproblem ein entdifferenziertes Versuchsfeld für wissenschaftliches Expertenwissen, kombiniert mit neuen Verfahrenstechniken und Verwaltungspraktiken. Die Beziehung zwischen Kriegsgefangenschaft und wissenschaftlich-technologischer Avantgarde war „so symbiotisch wie paneuropäisch: Stacheldraht, Flutlichtscheinwerfer, Wachtürme, Isolierungstechniken, Barackenkonstruktionen, Latrinenbau und Desinfektionsvorrichtungen wie Sterilisationswannen, aber auch die Lebensmittelversorgung per Bahn und die Entwicklung anspruchsvoller Konservennahrung [...] bildeten ein gemeinsames transnationales Muster technischer Innovationen, die die langfristige Masseninternierung möglich machten“ (S. 64 f.). Dabei erscheinen die Gefangenenlager als „von Haus aus ‚modernes‘ Phänomen“ (S. 65). In ihnen konzentriert sich auf begrenztem Raum, was den Nationalstaat des 20. Jahrhunderts und das Verhältnis zu seinen Bürgern insgesamt prägte: Verrechtlichung (Jones spricht sogar von „Hyperjurisdiktion“), Bürokratisierung, Rationalisierung. Strukturelle Homologien macht Jones auch zwischen Lagerorganisation und militärischer Steuerung aus (nicht zufällig ähneln viele Lager Kasernen) – eine Überschneidung, in der Jones „die kulturellen Ausläufer des ‚Wehrpflichtstaats‘ im frühen 20. Jahrhundert“ ausmacht (S. 67).

Zwei große Interpretationslinien zum Verständnis des Kriegsgefangenenlagersystems des Ersten Weltkriegs bieten sich Jones zufolge an: auf der einen Seite „die Idee eines langen 20. Jahrhunderts, dessen Wurzeln in der umfassenden Industrialisierung der Arbeiterschaft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts liegen“ (S. 71). In dieser Perspektive erscheinen die Lager als „Auswuchs der Industrialisierung“, als „Kulminationspunkt“ einer Entwicklung, deren Ziel die „Herstellung“ homogener, frei verfügbarer Arbeitermassen war (ebd.). Legt man den Akzent hingegen auf die Geschichte der Gewalt, markieren die Lager als Exklusionsmaschi-

nen für alles Feindliche und später Fremde eher einen „Bruch mit den Normen der Vorkriegszeit“ (ebd.). Jones plädiert für eine Kombination: Zwangsarbeits- und Gewaltdimension sind zusammen zu denken, im Lager wie im Schützengraben (und man könnte ergänzen: wie in der Fabrik). So oder so hält Jones das Gefangenenlager, dessen militärisch-rassistische Scheidefunktionen sich im Laufe der Zeit zunehmend vermischen, für ein „Schlüsselement“ (S. 73) – und nicht für eine Anomalie – des Prozesses nationalstaatlicher Modernisierung. Die Mehrheit der kriegsteilnehmenden Bevölkerungen empfand die neuen Massenlager bald als „normal“. Sie waren Teil erfolgreicher, von erheblichem Fortschrittspathos begleiteter allgemeiner Modernisierungsprozesse: „Die massenhafte Gefangenschaft stand somit nicht im Gegensatz zur neuen Ära der Massenpolitik und der gewachsenen individuellen Freiheiten für Staatsbürger nach 1900. Sie bildete vielmehr einen integralen Bestandteil dieser Politik“ (S. 75).

In seiner Verschränkung von empirischer Einzeluntersuchung und transnationaler, paradigmatischer Perspektive bietet das vorliegende Sonderheft einen idealen Einstieg in aktuelle Debatten. Es kennzeichnet Forschungsdesiderate und bietet trotz aller Kürze zugleich auch solide Grundlagen, um Wolfgang Sofskys einflussreiches Bild vom Lager als Ort „absoluter Macht“ oder Giorgio Agambens umstrittene These von der „innersten Solidarität zwischen Demokratie und Totalitarismus“ (*Homo sacer*, S. 20) neu zu diskutieren. Nicht zuletzt kann das Heft als Beitrag zu sozialwissenschaftlichen und sozialphilosophischen Debatten gelesen werden, die den Schattenseiten instrumenteller Vernunft und den strukturellen Ähnlichkeiten von NS-Staat und Moderne nachgehen.

*Christian Dries*

**Martin Ulmer, Antisemitismus in Stuttgart 1871–1933.  
Studien zum öffentlichen Diskurs und Alltag, Metropoli:  
Berlin 2011. 478 Seiten. € 28,00**

Der Mythos vom „liberalen Südwesten“ ist bis heute in der Regionalgeschichtsschreibung weit verbreitet. Im Gegensatz zu Preußen habe man in Baden und Württemberg die Tradition der Revolution von 1848/49 nicht über Bord geworfen und sich eine gesunde Skepsis gegenüber dem preußisch-kleindeutschen Obrigkeitsstaat bewahrt. Radikalnationalismus und Antisemitismus seien am Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weniger verbreitet gewesen als in anderen Teilen Deutschlands. Für Baden ist diese These in der jüngeren Forschung bereits relativiert worden, nun hat Martin Ulmer auch für Stuttgart und den württembergischen Raum eine Studie vorgelegt, die den Mythos vom „liberalen Südwesten“ erschüttert.

Die Antisemitenparteien des Kaiserreichs konnten in Württemberg kaum Fuß fassen, allerdings nur, weil der Antisemitismus bereits von anderen Parteien, Vereinen und Verbänden okkupiert war. Die Konservativen und die nationalliberale Deutsche Partei, gelegentlich auch das Zentrum, bedienten in Wahlkämpfen, Parlamentsreden und in ihrer Presse judenfeindliche Vorurteile. Neben dem eher gemäßigten und codierten Antisemitismus der Parteien etablierte sich eine radikale und offene Judenfeindlichkeit in der völkischen Bewegung und in wirtschaftlichen Interessenverbänden. Für beide Tendenzen entwickelte sich Stuttgart, mit seinem kleinbürgerlichen Sozialprofil, zu einer Hochburg. Neben diesem ideologischen Antisemitismus waren eher traditionelle judenfeindliche Denk- und Handlungsmuster in der Alltagskultur verbreitet. Sie blieben allerdings zumeist unterhalb der Verschriftlichungsschwelle, so dass Ulmer nur auf den antisemitischen Massenkrawall von 1873 und die Umbenennung der Stuttgarter Judenstraße durch die christlichen Anwohner 1893 verweisen kann (S. 57–74, 106–111). Damit hat er allerdings zwei Ereignisse zu Tage gefördert, die Anti-



semitismusforschung und Landesgeschichte bislang kaum im Blick hatten.

Ein großes heuristisches Plus von Ulmers Längsschnittstudie ist, dass sie die Entwicklung bis zur NS-Machtergreifung 1933 darstellt und so einen Vergleich zwischen dem Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik ermöglicht. Mit Ausnahme der Zeit zwischen 1919 und 1924 war Württemberg eine Hochburg konservativer, völkischer und republikfeindlicher Kräfte, die in Form der Bürgerpartei sogar die Landesregierung unter Staatspräsident Wilhelm Bazille stellten (S. 199–366). Dem Aufstieg der NSDAP in den 1930er Jahren sei durch Enttabuisierung und Radikalisierung des Antisemitismus bereits seit Ende des Ersten Weltkrieges der Boden bereitet worden. Rechtsparteien, Völkische und Nationalsozialisten waren in Stuttgart früh eng miteinander verzahnt und unterschieden sich in Sachen Antisemitismus kaum voneinander. Eine Schlüsselrolle bei der Entstehung dieses Netzwerkes kam dem völkischen Multifunktionär Alfred Roth zu. Dem aus Stuttgart stammenden Roth gelang es, das zersplitterte völkische Lager in Dachverbänden zusammenzuschließen, die zuerst den Deutschnationalen nahe standen und später in der NSDAP aufgingen (S. 270–275). Gleichzeitig wurde der Antisemitismus zum Allgemeingut der bürgerlichen Parteien, Vereine und Verbände, und selbst die KPD geriet aus opportunistischen Gründen ins antisemitische Fahrwasser. Diese Universalisierung des Antisemitismus blieb nicht folgenlos. Obwohl die Stuttgarter Juden auch im Kaiserreich nur teilintegriert waren, sahen sie sich im Laufe der 1920er Jahre zunehmender Diskriminierung ausgesetzt. Die angeblich liberale politische Kultur Württembergs atmete nicht im Geringsten den Geist der Weimarer Verfassung.

Zur Erklärung der Entstehung und Verbreitung des modernen Antisemitismus in Stuttgart und Württemberg lehnt Martin Ulmer die These Hans Rosenbergs ab, dass es sich um eine unmittelbare Reaktion auf wirtschaftliche Krisensituationen gehandelt habe (S. 18). Der Antisemitismus sei vielmehr durch permanente Präsenz im öffentlichen Diskurs, in codierter und offener Form, zur

gesellschaftlichen Normalität geworden. Die Universalisierung des Antisemitismus sei in Stuttgart dadurch begünstigt worden, dass die Distanz zwischen dem etablierten Bürgertum und dem völkischen Radikalismus deutlich geringer gewesen sei als in anderen Städten. Außerdem bringt Ulmer den Faktor Konfession ins Spiel. Er vergleicht das mehrheitlich protestantische Stuttgart mit den katholischen Großstädten Köln und Düsseldorf und kommt zu dem Ergebnis, dass der mit dem Nationalismus eng verbundene Protestantismus Judenfeindlichkeit begünstigt habe (S. 424–428). Diese These lässt sich allerdings kaum verallgemeinern. Es gibt auf protestantischer wie katholischer Seite etliche Gegenbeispiele. So spielte der Antisemitismus in Frankfurt am Main, Breslau und Königsberg lange Zeit kaum eine Rolle, während das katholische München in den 1920er Jahren zu einer antisemitischen Hochburg wurde.

An zahlreichen Beispielen widmet sich Ulmer ausführlich den sprachlichen Codierungen des Antisemitismus. In vielen Reden und Texten kommen die Begriffe „jüdisch“, „Jude“ oder „Judentum“ gar nicht vor, und dennoch transportierten sie antisemitisches Gedankengut. Dies funktionierte, weil bestimmte Schlüsselbegriffe so oft in antisemitischen Kontexten verwendet wurden, dass ihnen eine judenfeindliche Konnotation auch ohne expliziten Verweis auf „die Juden“ anhaftete. Daher genügt Ulmer allein der Nachweis bestimmter Codewörter wie „Wucher“, „Schacher“, „Börse“ und so weiter, um Antisemitismus zu diagnostizieren. Ob eine Äußerung antisemitisch gemeint war und so verstanden wurde, hängt jedoch von der Positionierung der Sprecher beziehungsweise Schreiber sowie vom Kontext und den Rezipienten ab. Den jeweiligen Intentionen und Rezeptionen geht der Autor leider vielfach nicht auf den Grund. Zwar liegt der weltanschauliche Charakter und propagandistische Gebrauch des Antisemitismus durch die rechte Szene auf der Hand. Doch für sein Überschwappen bis ins liberale Bürgertum und in die Arbeiterbewegung ist allein die Übernahme bestimmter Begriffe und Diskurse kein hinreichender Beleg. Wahrscheinlicher als die Herausbildung eines antisemitischen Gesellschaftskonsenses ist, dass

die judenfeindliche Meinungsführerschaft der Rechten zum Verstummen der Gegenstimmen führte. Ulmer selbst zeigt diese Entwicklung am Beispiel der Barmat- und Sklarek-Skandale auf (S. 299–306), bei denen die Verstrickung jüdischer Unternehmer in Korruptionsaffären von der republikfeindlichen Propaganda ausgeschlachtet wurde.

Martin Ulmers Studie überzeugt in ihren empirischen Ergebnissen, weniger in ihrem methodischen Ansatz. Von der Analyse der politischen Kultur Württembergs abgesehen, bleibt die Ursachenforschung hinter dem Nachweis antisemitischer Tendenzen zurück. Mentalitätsgeschichte und Diskursanalyse neigen zur Tautologie, indem sie Entstehung und Verbreitung von Antisemitismus auf judenfeindliche Mentalitäten und Diskurse zurückführen. Antisemitismus wird aus Antisemitismus erklärt, anstatt aus gesellschaftlichen Verwerfungen, die mit einer „Judenfrage“ gar nichts zu tun haben. Hier haben Ideen- und Sozialgeschichte, obwohl sie nicht gerade im postmodernen Trend liegen, mehr zu bieten. Leider pflegt Ulmer ein rein affirmatives Verhältnis zur „neuen Kulturgeschichte“ und versäumt es, Erkenntnischancen und -grenzen dieser Disziplin für die Antisemitismusforschung kritisch abzuwägen. Das hätte seine Arbeit nicht schwächer, sondern stärker gemacht.

*Thomas Gräfe*

**Hans-Christoph Seidel, Der Ruhrbergbau im Zweiten Weltkrieg. Zechen – Bergarbeiter – Zwangsarbeiter, Klartext: Essen 2010. 639 Seiten. € 79,00**

Die Habilitationsschrift von Hans-Christoph Seidel entstand im Rahmen eines größeren Forschungsprojekts zur Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Zweiten Weltkrieges. Das Projekt wurde von der RAG Aktiengesellschaft gefördert und war am Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum angesiedelt. Während Zwangsarbeit bislang als Teil von Studien zur Geschichte einzelner Unternehmen im Zweiten Weltkrieg thematisiert

wurde, erfolgte der Zugriff hier von der anderen Seite: Seidel beschreibt ausgehend von der Zwangsarbeit recht umfassend die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Ruhrbergbaus im Zweiten Weltkrieg. Allerdings bleibt der Fokus, stärker als dies der Titel vermuten lässt, doch auf den Zwangsarbeitseinsatz gerichtet. Seidel hat für seine Studie umfassend in den Unternehmens- und Verbandsarchiven geforscht und dadurch viele Quellen erschlossen, die in der bisherigen Forschung nur bedingt genutzt worden waren. Den größten Zugewinn gegenüber der bisherigen Zwangsarbeitsforschung stellt die starke Berücksichtigung der Unternehmensverbände dar. Während Unternehmensstudien zumeist stark die Eigenheiten eines Betriebes herausarbeiten, steht bei Seidel das Verbindende stärker im Vordergrund.

Seidel gelingt es so, die Frage der Zwangsarbeit eng mit der Frage der langfristigen Brancheninteressen zu verknüpfen. Es zeigt sich, dass der Ruhrbergbau bis zu Beginn der dreißiger Jahre so stark rationalisiert und mechanisiert worden und europaweit auf diesem Gebiet führend war, dass die von den Nationalsozialisten für die Aufrüstung erwünschte Erhöhung der Förderquoten auf diesem Weg kaum zu erreichen war. Einigkeit bestand zwischen der NS-Führungriege und den Ruhrkonzernen daher darüber, dass die erwünschte Förderausweitung durch eine Arbeitsintensivierung möglich gemacht werden müsse. Bereits hier setzten dann aber die Differenzen ein. Die Ruhrkonzerne waren an einer moderaten Steigerung interessiert, die Raubbau und Ressourcenverschleiß verhinderte, während NSDAP und Wehrmacht maximale Ergebnisse forderten (S. 67–72). Zentral für jedwede Steigerung war aber das Vorhandensein von Arbeitskräften. Und hier unterminierte die Aufrüstung anfangs eher den Ruhrbergbau, weil attraktive Arbeitsplätze in neuen Rüstungsbranchen zur Abwanderung der Söhne von Bergarbeitern in andere Bereiche führten.

Da die Ruhrkonzerne mehrheitlich jedwede Form von Frauenarbeit auf den Zechen ablehnten, blieben nur die Möglichkeiten entweder die Attraktivität des Arbeitsplatzes drastisch zu erhöhen

oder verstärkt auf ausländische Arbeitskräfte zu setzen. Die Ruhrkonzerne präferierten in der Tendenz die erste Option, aber diese konnte trotz mancher bevorzugten Behandlung des Bergbaus nicht für genügend Arbeitskräfte sorgen. Gegenüber dem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte hegten die Konzerne vor allem aus langfristigen arbeitsmarktpolitischen Überlegungen Bedenken, die sich mit nationalistisch-rassistischen Vorstellungen verbanden. Man war der Auffassung, dass der Einsatz von Ausländern im Bergbau diesen für Deutsche noch unattraktiver machen würde und sich so bei Kriegsende der Arbeitskräftemangel noch verschärfen könnte (S. 198–206).

Als aber keine Alternativen mehr blieben, wurde auch im Ruhrbergbau die Zurückhaltung gegenüber einem Einsatz ausländischer Arbeitskräfte aufgegeben. Von Kriegsbeginn bis zum Überfall auf die Sowjetunion wurden zunächst vor allem Westarbeiter, die weitgehend freiwillig kamen, auf den Zechen eingesetzt. Ab Anfang 1942 wandelte sich das Bild völlig: Sowjetische Zwangsarbeiter und später italienische Militärinternierte wurden zu den wichtigsten eingesetzten Gruppen. Damit erreichte auch ein völlig neues Ausmaß von Gewalt und Tod die Betriebe. Insbesondere 1942 kam es vielfach zum Massensterben sowjetischer Kriegsgefangener (S. 227–230). Auf diese Ereignisse reagierten die Reichsbehörden mit einer leichten Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung. Nachdem sich der körperliche Zustand der Sowjets verbessert hatte, begannen die Ruhrkonzerne sich ihrerseits um die Steigerung der Leistungen der Zwangsarbeiter zu bemühen. Anfangs wurden die sowjetischen Zwangsarbeiter einzeln oder zu zweit einem deutschen Hauer als Hilfsarbeiter zugeteilt. Dabei stieg jedoch die Förderleistung kaum. Entweder lernten die deutschen Hauer die Zwangsarbeiter nicht an oder aber sie senkten ihre eigene Arbeitsleistung in derselben Stärke, in der sie die der Hilfsarbeiter steigern konnten (S. 435–457). Die Folge war eine neue Direktive, die vorsah sowjetische Zwangsarbeiter in Gruppen von fünf bis sechs Personen einzusetzen, die unter Aufsicht eines deutschen Vorarbeiters standen, welcher bei hohen Leistungen seiner Untergebenen Prämien erhielt. Mit diesen

Maßnahmen konnte die Arbeitsleistung sowjetischer Zwangsarbeiter zumindest in einigen Bereichen auf 70–80 Prozent der Leistung eines deutschen Stammarbeiters erhöht werden. Während bei der Zuteilung von ein oder zwei Zwangsarbeitern zu einem deutschen Hauer mitunter noch freundschaftliche Beziehungen entstanden, verschärfte die Beaufsichtigung größerer Gruppen eher die Hierarchie. Deutsche Stammarbeiter erlebten einen Prestige- und oft auch einen Lohngewinn. Die Hierarchisierung hatte nicht selten auch durch die Stammarbeiter ausgeübte Gewalt gegen die Zwangsarbeiter zur Folge.

Kritikpunkte an der Studie gibt es nur wenige. An einigen Stellen ist der Umgang mit der Sekundärliteratur nicht überzeugend. Beispielsweise wird im Abschnitt über die Absetzung von Reichskohlekommissar Walter durch die Syndikatspolitik nicht auf den bis dato zentralen Aufsatz von Kim Christian Priemel verwiesen, obwohl er im Literaturverzeichnis erwähnt wird. Seidel kann zwar durch zusätzliche Quellen einige Details genauer konturieren, aber in der einordnenden Gesamtbewertung bleibt Priemel überzeugender und hätte hier stärker herangezogen werden sollen. Nur bedingt überzeugend ist auch, dass Seidel die Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter auf den Zechen als „Vernichtung durch Arbeit“ fasst. Dies ist unter anderem dadurch bedingt, dass er die zentralen Aufsätze zum Thema von Jens-Christian Wagner nicht zur Kenntnis genommen hat. Wagner zeigt, dass selbst unter den dramatischen Verhältnissen des KZ Mittelbau-Dora nicht von „Vernichtung durch Arbeit“ gesprochen werden sollte, weil dies ein gezieltes Programm suggeriert, welches so nicht existierte. Zudem wäre im Fazit noch ein vergleichender Blick auf andere Branchen wünschenswert gewesen, der die Besonderheiten des Ruhrbergbaus stärker hätte konturieren können.

Dies bleiben aber marginale Kritikpunkte an einer quellengesättigten und gut geschriebenen Studie, die auf lange Jahre zu den Standardwerken über die Zwangsarbeit im Dritten Reich gehören wird. Gerade durch den Zugriff über eine ganze Branche und ihre

Verbände betritt Seidel vielfach Neuland und bietet hoffentlich Anregung für ähnliche Studien zu anderen Branchen.

*Marc Buggeln*

**Christian Gerlach, Extrem gewalttätige Gesellschaften. Massengewalt im 20. Jahrhundert, Deutsche Verlags-Anstalt: München 2011. 576 Seiten. € 39,99**

Christian Gerlach stellt in diesem (zunächst 2010 in englischer Sprache erschienenen) Buch einen „neuen Ansatz für die Erklärung von Massengewalt“ vor und erprobt diesen Ansatz in fünf umfangreichen Fallstudien, die den Leser zeitlich vom Ersten Weltkrieg bis zu den 1990er Jahren, geographisch von Südostasien bis nach Lateinamerika führen (S. 7). Gerlachs Ansatz versteht sich als Gegenentwurf zu dem der Genozidforschung, wie sie sich im Anschluss an Raphael Lemkins Darstellung der Verfolgung und Vernichtung der Armenier entwickelt hat. In Lemkins Genozidbegriff und seiner Verwendung durch die Genozidforschung sei nicht nur eine „Ethnisierung der Geschichte“ angelegt (so die Überschrift des siebten Kapitels); sie beinhalten Gerlach zufolge auch einen Fokus auf staatliche Akteure, der dem multikausalen, partizipatorischen und nur bedingt steuerbaren Charakter von Massengewalt nicht gerecht werde.

Unter „Massengewalt“ versteht Gerlach „die weit verbreitete Anwendung physischer Gewalt gegen Nichtkombattanten“ (S. 7). Diese Definition „schließt Morde ein, aber auch Zwangsausiedlungen oder Vertreibungen, organisierten Hunger oder mutwillig verursachte Unterversorgung, Zwangsarbeit, Massenvergewaltigung, Flächenbombardierungen und exzessive Internierungen – denn viele Fäden verbinden diese Fälle mit direktem Mord, die man nicht analytisch abtrennen sollte“ (ebd.). „Extrem gewalttätige Gesellschaften“ sind nach Gerlach solche, „in denen *verschiedene Bevölkerungsgruppen* Opfer massiver physischer Gewalt werden, an der sich, im Zusammenwirken mit Staatsorganen, *unterschiedliche so-*

ziale Gruppen aus einer Vielzahl von Gründen beteiligen“ (ebd.; Hervorhebungen im Original). Gerlachs Hauptanliegen gibt sich in diesen Begriffsbestimmungen bereits deutlich zu erkennen: Es geht ihm darum, allzu einfache Vorstellungen vom Staat als Urheber und Betreiber von Massengewalt durch einen differenzierteren Ansatz zu ersetzen, in dem die Rolle nichtstaatlicher Akteure stärker betont und der Blick auf politische Entscheidungen durch den auf soziale Dynamiken ergänzt wird. In diesem Modell gibt es keinen einzelnen Urheber von Massengewalt, und es gibt auch nicht mehr nur eine einzige Opfergruppe.

Den partizipatorischen Charakter von Massengewalt arbeitet Gerlach besonders deutlich in seiner Fallstudie zu den Ereignissen in Indonesien 1965/66 heraus (S. 27–123). Der Sturz des linksnationalistischen Sukarno-Regimes und die Etablierung des Generalmajors Suharto als neues Staatsoberhaupt gingen einher mit der Zerschlagung der damals größten kommunistischen Bewegung der kapitalistischen Welt. Die Kommunistische Partei Indonesiens (PKI) zählte 1965 3,5 Millionen Mitglieder, zu denen noch etwa 15 Millionen Mitglieder verbündeter Massenorganisationen hinzukamen (S. 30). Der rasch vereitelte Putsch der „Bewegung 30. September“ am 1. Oktober 1965 führte zunächst zur massenhaften Verhaftung von Kommunisten, ab Mitte Oktober dann zu massenhaften Tötungen auf Java und Sumatra; Mitte November breitete sich die Gewalt nach Bali aus, wo sie eine besonders erschütternde Qualität erreichte. Nach Gerlachs vorsichtiger Schätzung forderte dieser Ausbruch von Massengewalt mindestens 500.000 Tote, von denen die meisten in einem Zeitraum von nur drei Monaten, zwischen Mitte Oktober 1965 und Mitte Januar 1966, starben (S. 32 ff.).

Suhartos Militär leitete das Morden zwar ein und mordete auch selbst; vor allem aber stachelte es Zivilisten dazu an, es ihm gleichzutun. Aufgrund seiner zahlenmäßigen Schwäche, den geographischen Bedingungen des Inselstaates und der Bindung eines Großteils der Truppen durch einen weiteren Konflikt auf Borneo war das Militär auf die Beteiligung anderer Gruppen angewiesen; wichtig



waren dabei vor allem Teile der städtischen und der studentischen Jugend sowie Anhänger der islamistischen Partei Nahdlatul Ulama (NU) und der Nationalistischen Partei Indonesiens (PNI). Nur eine Minderheit der Opfer wurde vom Militär erschossen (S. 48 f.). Die schlimmsten Gewalttaten fanden auf dem Land statt, wo das Militär vergleichsweise schlecht organisiert war. Auf Bali, wo das Anfang Oktober 1965 gegründete Bündnis „Aktionsfront für die Zerschlagung der Bewegung 30. September/PKI“ („KAP-Gestapu“) wütete, wurden in etwas mehr als einem Monat zwischen 80.000 und 100.000 Menschen auf bestialische Weise ermordet, was vier bis fünf Prozent der Inselbevölkerung entsprach (S. 51). Die Gewalt ging immer wieder auch von spontan sich konstituierenden Mobs aus, von „Mörderbanden ohne formale Mitgliedschaft und Struktur, deren Existenz nur auf dem Teilnahmewillen ihrer Mitglieder beruhte“ (S. 56 f.).

Die Motive waren vielfältig. Teilweise wurde die Gewalt von Konflikten um Land genährt. In West-Timor und anderswo organisierten Landbesitzer Massaker, um einer erwarteten Revision ihrer Eigentumsrechte vorzubeugen (S. 61). In vielen Teilen Indonesiens herrschte Landarmut. Zum Hintergrund gehörte ein breiter und bereits seit längerer Zeit in Gang befindlicher Verarmungsprozess. Auf Java und Bali war dieser Prozess 1963/64 durch eine Dürre und die daran anschließende Hungersnot verschärft worden. Eine vergleichbare Wirkung hatte landesweit die Hyperinflation von 1965 bis 1967, die insbesondere die Preise für Grundnahrungsmittel drastisch steigen ließ. Der soziale Wandel hatte bis Mitte der 1960er Jahre eine breite Schicht junger Erwachsener hervorgebracht, deren Aussichten auf ein sicheres Einkommen blockiert schienen; viele von ihnen versprachen sich von einem politischen Umbruch und von den Umverteilungsprozessen, mit denen die Massengewalt von 1965/66 einherging, eine Verbesserung ihrer Lage. Doch gab es auch andere Motive und Begründungszusammenhänge: Islamische Gruppen rechtfertigten ihren Beitrag zur Massengewalt mit der tatsächlichen oder unterstellten Religionsfeindlichkeit der Kommunisten, und in Teilen der städtischen und

studentischen Jugend scheint sich die Feindseligkeit gegenüber der PKI auch aus dem Bedürfnis gespeist zu haben, die eigene Jugendkultur zu verteidigen, denn die Kommunisten hatten eine restriktive Kulturpolitik praktiziert und die Verbreitung ausländischer Filme und Musik zu verhindern versucht.

Die Gewalt richtete sich nicht allein gegen Kommunisten. Vergleichsweise bekannt sind die Pogrome gegen die etwa drei Millionen Menschen zählende chinesische Minderheit, die einen Großteil der indonesischen Mittelschicht ausmachte und aufgrund ihres Wohlstands Neid auf sich zog (S. 79). (Gerlach erwähnt nur kurz, dass es in Indonesien auch vor und nach 1965/66 zu antichinesischen Pogromen gekommen ist, und dass es Anfang 1966 darüber hinaus auf den Philippinen, in Burma und in Südvietnam Ausschreitungen gegen ethnische Chinesen gab, die Beobachter damals mit der Wirtschaftskrise in Südostasien in Verbindung brachten: ebd.) Mehr Todesopfer als die antichinesischen Pogrome forderten die vor allem in den ländlichen Gebieten Sumatras erfolgten Angriffe auf indonesische Binnenmigranten (S. 86). Bei diesen Angriffen ging es außer um sprachliche und kulturelle Differenzen vor allem um Landnutzung; zudem spielte die Tatsache eine Rolle, dass die Binnenmigranten in der Vergangenheit die Unterstützung der PKI-nahen Indonesischen Bauernfront (BTI) genossen hatten (S. 87).

Gerlachs Fallstudie zu Indonesien, die längste in vorliegendem Buch, bietet vielfältige Belege für seine These, dass die Analyse von Massengewalt einen breiteren Untersuchungsansatz erfordert, als ihn die staatsfixierte und ethnischen Unterscheidungen verhaftet bleibende Genozidforschung zur Verfügung stellt. Ähnlich überzeugend ist Gerlachs Untersuchung zur Vernichtung der Armenier (S. 124–161), die ebenfalls den partizipatorischen Charakter von Massengewalt herausarbeitet und darüber hinaus jenes Ereignis in den Blick nimmt, anhand dessen der Genozidbegriff erstmals entwickelt wurde. Aus Platzgründen kann diese Untersuchung hier nicht näher dargestellt werden. Erwähnt sei lediglich, dass Gerlach auch im Fall der Vernichtung der Armenier die Bedeutung von Umverteilungs-

prozessen betont, die sich nur zum Teil als staatlich reglementiert begreifen lassen; sie waren in vielen Fällen auf schlichte Habgier zurückzuführen. Auch auf die akribisch recherchierten Kapitel zu Bangladesch 1971–1977 (S. 165–237) und zu Griechenland während und unmittelbar nach der deutschen Besatzung (S. 315–337) kann hier nur verwiesen werden.

Etwas näher eingegangen werden soll aber auf das Kapitel zur Guerillabekämpfung (S. 238–314), das einzige, in dem Gerlach transnational vergleichend vorgeht. Es fokussiert, wie das zu Griechenland, auf den Zusammenhang von Massengewalt und krisenhafter gesellschaftlicher Veränderung und besticht durch seine breite empirische Grundlage sowie durch seine überzeugende Darstellung der Rolle, die Massengewalt bei der „Entwicklung“ (sprich: kapitalistischen Durchdringung) agrarischer Gebiete spielt. Das Kapitel vergleicht Guerillakonflikte in insgesamt 22 Ländern, darunter etwa Kambodscha 1951–1954, Algerien 1954–1962, Angola 1962–1974, Ost-Timor 1975–1999 und El Salvador 1981–1993 (vgl. S. 242 f.). Gerlach identifiziert vier für die Guerillabekämpfung im 20. Jahrhundert charakteristische Maßnahmen: Entvölkerung, Umsiedlung, Rekrutierung von Milizen sowie das Versprechen wirtschaftlicher „Entwicklung“ und gesellschaftlicher „Modernisierung“.

Die Entvölkerung bestimmter Gebiete geschah meist durch Zwangsevakuierung. Ziel war die Schaffung von sogenannten „No-Go-Areas“, „Free-Fire-Zones“ oder – so die von Wehrmacht und SS in Weißrussland und anderswo gebrauchte Bezeichnung – „toten Zonen“. Die Zahl der Umgesiedelten war dabei oft erschreckend hoch; so waren allein in Südvietnam etwa neun Millionen Personen von der Zwangsumsiedlung betroffen (S. 239).

Die mit der Entvölkerung bestimmter Gebiete einhergehenden Umsiedlungsmaßnahmen beinhalteten oft die Konzentration der Bevölkerung in neuen, leicht zu kontrollierenden Siedlungen, etwa „Wehrdörfern“ (Weißrussland), „*new villages*“ (Malaya), „*centres de regroupement*“ (Algerien), „*strategic hamlets*“ (Südvietnam), „*aldeamentos*“ (Angola) oder „*aldeos modelo*“ (Guatemala). Die „kom-

plette Räumung mancher Gebiete und die Stabilisierung anderer“ sind dabei nach Gerlach „zwei Seiten einer Medaille“ (S. 245). In den unterschiedlichsten Kontexten sind mit Guerillas konfrontierte Streitkräfte immer wieder auf diesen, auf der „streng[e] räumliche[n] Scheidung zwischen ‚Dörfern‘ und ‚Wildnis‘“ basierenden „Zonenansatz“ verfallen, da er versprach, die „Handlungsfähigkeit des Militärs“ wiederherzustellen (ebd.).

Es überrascht nicht, dass die Umsiedlung für „traditionelle Gemeinschaften“ in der Regel ein „traumatischer Prozess“ gewesen ist (S. 250). Für die Umgesiedelten beinhaltete er außer der Zerstörung ihrer traditionellen Lebens- und Wirtschaftsweise sowie ihrer gewohnten sozialen Zusammenhänge häufig auch Unterernährung, Erkrankung und lebensbedrohende körperliche Erschöpfung. Unterernährung und ihre Folgeerscheinungen haben in vielen der von Gerlach untersuchten Fälle mehr Opfer gefordert als direkte Tötungen (als Ausnahmen werden „die Massaker während des japanischen Antiguerillakrieges in China, das deutsche Vorgehen in der Sowjetunion, möglicherweise Guatemala sowie die massiven US-Luftangriffe in Südvietnam“ genannt: S. 249 f.). Dafür, dass der Hunger häufig nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern bewusst gefördert wurde, bietet die von den indonesischen Besatzern in Ost-Timor praktizierte „Nahrungsmittelkontrolle“, also die bewusste Drosselung des Kalorienverbrauchs durch das Militär, ein eklatantes Beispiel: „Die Überschussmortalität in Ost-Timor während der indonesischen Besetzung wurde anscheinend zu etwa 80 Prozent von Hunger, Erschöpfung und Erkrankungen verursacht“ (S. 251).

Entvölkerung und Umsiedlung gehören, so Gerlach, noch zum klassischen Repertoire des Kolonialismus (S. 244); spezifisch für die Guerillabekämpfung im 20. Jahrhundert sei die Ergänzung dieser beiden Maßnahmen um die Rekrutierung von Milizen aus der Lokalbevölkerung sowie um das Versprechen der mit „Entwicklung“ und „Modernisierung“ assoziierten Verbesserungen.

Was die Milizenbildung angeht, so haben, wie Gerlach betont, gewalttätige Regime in vielen Fällen erst durch dieses Mittel – also

durch den Aufbau von „*patrullas de autodefensa civil*“ (Guatemala), „*rondas campesinas*“ (Peru), „*groupes d'autodéfense*“ (Algerien) oder ähnlichen Gruppierungen – eine zahlenmäßige Überlegenheit über die Guerillas erreicht, mit dem Ergebnis, dass „die Zahl der Einheimischen unter Waffen auf Regierungsseite gewöhnlich viel größer [war] als die Zahl der Guerillas“ (S. 259 f.). Grundlage der Rekrutierung sei zwar häufig eine „Mischung aus Armut und Zwang“ gewesen (S. 262), doch habe es auch positive Anreize gegeben, sich der Miliz anzuschließen, etwa die daraus sich ergebende Machtposition, Gelegenheiten zur Selbstbereicherung oder bestimmte Privilegien. Die kenianischen „*home guards*“ erhielten keinerlei Lohn, dafür aber Lebensmittelrationen, Steuerbefreiungen und Schulgeld für ihre Kinder; auch waren sie in der Lage, unbezahlte Arbeit auf ihren Bauernhöfen zu erzwingen (S. 262 f.). Gerlach sieht in den Gelegenheiten zu „Erpressung, Raub und Ausbeutung“, die sich Angehörigen der Milizen boten, eine Form der „ursprünglichen Akkumulation“ (S. 262). In diesen Zusammenhang stellt er auch die Verstrickungen insbesondere lateinamerikanischer Milizen in den Drogenhandel (ebd.). Er zeigt, wie die Rekrutierung von Milizen dadurch, dass sie bestimmten Personen zu Macht, Privilegien und Reichtum verhilft, neue Bruchlinien innerhalb der Gesellschaft schafft. Das war in den von Gerlach untersuchten Fällen auch gewünscht: „Milizen sollten nicht einfach nur die Mannschaftsstärke oder Feuerkraft erhöhen, sie dienten auch dazu, die Gesellschaft zu spalten“ (S. 265).

Kennzeichnend für die Guerillabekämpfung im 20. Jahrhundert ist nach Gerlach schließlich der Zusammenhang von „Vernichtung und ‚Entwicklung‘“ (S. 245). Um die Unterstützung der Bevölkerung für die Guerilla zu schwächen, sind insbesondere den von Umsiedlung betroffenen Gruppen immer wieder soziale Verbesserungen in Aussicht gestellt worden: Zugang zu Strom und Wasser, Schulen, Kliniken, Geschäfte. Das Versprechen wirtschaftlicher „Entwicklung“ und gesellschaftlicher „Modernisierung“ sei ein „Standardbestandteil von Antiguerillakriegen, die die Gesellschaft

im Rahmen des kapitalistischen Systems stabilisieren sollten“ (S. 268). Der forcierte Strukturwandel ländlicher Regionen habe meist das „Verschwinden der Landwirtschaft auf unproduktiven Flächen und die Beseitigung von Streusiedlungen“ beinhaltet; beides „wurde ersetzt durch standardisierte Kleinbauernhöfe, dörfliche Siedlungsformen, soziale Dienstleistungen und oft auch normierte Wohnanlagen“ (S. 269). Damit seien „soziale Aufstiegschancen für jene entstehenden Eliten“ einhergegangen, die es verstanden, die „Möglichkeiten, in der Verwaltung oder in den Milizen zu reüssieren“, wahrzunehmen (ebd.).

Der Zusammenhang von Guerillabekämpfung und „Entwicklung“ ist von Militärstrategen immer wieder explizit gemacht worden. Die Planer der Guerillabekämpfung in Guatemala propagierten offen die Zerschlagung der Subsistenzwirtschaft und den Aufbau marktorientierter landwirtschaftlicher Produktion (S. 270 f.). Ähnlich äußerte sich 1961 der damals führende Vertreter der Modernisierungstheorie, Walt Rostow, der auch stellvertretender nationaler Sicherheitsberater Kennedys war (S. 271). Tatsächlich hat der mit der Guerillabekämpfung einhergehende Strukturwandel den Vorstellungen Rostows und seiner Schule meist insofern entsprochen, als er die Kapitalisierung der Landwirtschaft, aber auch Urbanisierungsprozesse beinhaltet hat – wobei letztere meist unmittelbare Folge von Zwangsevakuiierung, Vertreibung und Flucht waren (S. 274). Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Gerlachs Bemerkungen zu größeren Infrastrukturprojekten. Insbesondere Staudammprojekte seien „häufig zu strategischen Motoren der Veränderung in Aufstandsgebieten“ geworden: Der Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in Mosambik bedeutete die Entwurzelung von 25.000 Menschen, und dem Bau des Ilisu-Staudamms ist in jüngerer Zeit die Zerstörung von 184 Dörfern in der südöstlichen Türkei vorausgegangen (S. 275 f.). Da die Vertriebenen meist nicht zurückkehrten, habe die Guerillabekämpfung im 20. Jahrhundert den Charakter eines nachhaltigen „Transformations- und Entwurzelungsprozesses“ angenommen (S. 314). Dieser Prozess sei meist auch mit einer „Zu-

nahme gewöhnlicher Gewaltverbrechen“ und „anhaltenden Streitigkeiten in der Bevölkerung“ einhergegangen (ebd.).

In Schlusskapitel seines Buches betont Gerlach, dass die Transformation ländlicher Verhältnisse ein wichtiger Aspekt sämtlicher in seinem Buch untersuchten Fälle von Massengewalt sei und mehr Beachtung verdiene. So weist er etwa darauf hin, dass sich die „Erforschung der sowjetischen Massengewalt“ jahrzehntelang auf die „Verfolgung urbaner Eliten“ konzentriert und damit den Hauptschauplatz, die ländlichen Gebiete der Sowjetunion, aus dem Blickfeld verloren habe (S. 368). Der im Kapitel über die Guerillakämpfung dargestellte Zusammenhang von Massengewalt und Modernisierung hat (nicht nur) im 20. Jahrhundert sehr viel mit der Transformation ländlicher Verhältnisse zu tun gehabt und es wäre erfreulich, wenn dies in der Forschung stärker zur Kenntnis genommen würde.

Es dürfte bereits deutlich geworden sein, soll aber nochmal betont werden, dass *Extrem gewalttätige Gesellschaften* keinen Gesamtüberblick über Massengewalt im 20. Jahrhundert bietet: Mehrere eklatante Fälle von Massengewalt, die zugleich wichtige Forschungsgegenstände der Genozidforschung sind, werden nicht verhandelt. Zu nennen sind in erster Linie die Shoah und der Holocaust. Gerlach geht es darum, seinen Forschungsansatz vorzustellen und anhand einer beschränkten Zahl von Fallbeispielen darzustellen, wie dieser Ansatz den multipolaren und partizipatorischen Charakter der Gewalt sowie wichtige Aspekte der mit Massengewalt einhergehenden sozialen Transformation, etwa die Entstehung neuer Eliten, besser erfasst als der Ansatz der Genozidforschung. Das ist ihm hervorragend gelungen.

Angemerkt sei noch, dass die 2010 unter dem Titel *Extremely Violent Societies* bei Cambridge University Press erschienene Originalausgabe in einem ungelungenen Englisch verfasst ist, das die Lektüre sehr erschwert, wohingegen die deutsche Übersetzung von Kurt Baudisch von beispielhafter Klarheit und stilistisch treffsicher

ist. Allen, die zwischen der englischen und der deutschen Ausgabe wählen können, sei daher nachdrücklich die deutsche empfohlen.

*Max Henninger*

**MetroZones (Hg.), Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt, Assoziation A: Berlin 2011. 277 Seiten. € 20,00**

Seit Anfang der 1980er Jahre prägt die politische, ökonomische und karitative Aktivität oftmals transnational vernetzter religiöser Bewegungen in verstärktem Maße den öffentlichen Raum und stellt damit Theorien einer unilinearen „Säkularisierung“ infrage. Gleichzeitig beschleunigt sich das weltweite Wachstum städtischer Elendsviertel, welches weitgehend von der ökonomischen Entwicklung entkoppelt ist und durch die Umsetzung neoliberaler Struktur- anpassungsprogramme angetrieben wird. Der Sammelband *Urban Prayers. Neue religiöse Bewegungen in der globalen Stadt* thematisiert die Wechselwirkung von globaler Urbanisierung und der zunehmenden Präsenz religiöser Bewegungen / der Religion im öffentlichen Raum. Die Herausgeber möchten die „Unterstellung, dass eine Hinwendung zum Religiösen zwangsläufig mit einer Abkehr von (linker) Politik einhergehen muss“, revidieren (S. 14). Während sie die Frage nach den innovativen „Potentialen“ neuer religiöser Bewegungen im Rahmen der Integrationspolitik stellen (S. 22), setzen die Autor\_innen durchaus andere Schwerpunkte. Sie stellen ein schillerndes Spektrum religiöser Aktivität in den Weltmetropolen dar: die pragmatische Nutzung des karitativen Angebots islamischer NGOs durch die Bewohner der informellen Siedlungen Kairos (Asef Bayat); die Einbettung pfingstkirchlicher Heilungspraxen in den medizinischen Pluralismus der *barrios* von Buenos Aires (Pablo Semán); die Errichtung städtischer „*prayer camps*“ in Lagos und den Aufstieg der RCCG-Pfingstkirche zum Machtfaktor Nigerias (Asonzeh Ukah); die zwiespältige Verbin-



derung parlamentarischer Politik mit der Gewalt der Straße in der hindu-nationalistischen *Shiv-Sena*-Bewegung Mumbais (Julia Eckert); städtische Pogrome als muslimische „Religio-Biopolitik“ in den „Lagern“ von Beirut und Delhi (Yasmeen Arif), um nur einige Beispiele zu nennen.

Der Fokus der Beiträge liegt auf sogenannten „neuen religiösen Bewegungen“ der christlichen Pfingstkirchen, des Islamismus und des Hindu-Nationalismus. Neue religiöse Bewegungen, Neugründungen oder Abspaltungen von den etablierten Religionsgemeinschaften, treten historisch in „Wellen“ auf, sie zeichnen sich, so die Herausgeber, durch ihre besondere Fähigkeit zu kultureller und ideologischer Innovation, zur Produktion neuer sozialer Identitäten, durch die Nähe zur Lebenswelt der Anhänger und durch einen „Fokus auf individuelle Ermächtigung und Freiheit“ aus (S. 11). Dabei trügen religiöse Bewegungen zur Produktion „alternative[r] Formen eines religiös-kulturellen Kosmopolitismus“ bei: Sie böten Unterstützung bei der Migration, beförderten transnationale Loyalitäten, stellten Narrative des antikapitalistischen Widerstands, der Kritik und der Hoffnung zur Verfügung (ebd.). Die Herausgeber stellen die weltweiten „Erfolge“, die Effizienz und Leistungsfähigkeit der neuen religiösen Bewegungen im Anbieten sozialer Dienste, religiöser Sinnstiftung und Gemeinschaftsbildung in den Vordergrund (S. 19).

In einer Rhetorik der Faktizität, eines „vorbehaltlosen Blicks“ (S. 9), entfalten die Herausgeber ihre Hypothese von der Produktivität des Religiösen gegen „ideologische Debatten“ eines Sarrazin, vorgeblich hegemoniale Erklärungsmuster religiöser Repression und die Skandalisierung der neuen religiösen Bewegungen „unter Linken“ (S. 14). Die neuen religiösen Bewegungen würden Hoffnungen verkörpern, die „zuvor eng mit den Versprechungen des Kommunismus verbunden waren“ (S. 12). Die „Linke“ (Staatssozialismus, Befreiungsbewegungen, Stadtteilgruppen) wird als gescheiterte „Erlösungsreligion“ dargestellt (S. 17, 88, 257 f.). In dieser totalitarismustheoretischen Polemik geben die Herausgeber ihre Neutralität auf.

Das Vorwort zu *Urban Prayers* verwirft Mike Davis' Bemerkung, auf dem *Planet of Slums* hätten religiöse Akteure „eine organisatorische Lücke und ein ideologisches Vakuum [gefüllt], welche sozialrevolutionäre und anti-koloniale Befreiungsbewegungen nach ihrem Rückzug seit den 1970er Jahren hinterlassen hätten“ (S. 13). Die Bedeutung des Religiösen im „traditionellen“ wie heutigen Alltagsleben Asiens, Afrikas und Lateinamerikas sei ungebrochen. Die Differenz von ländlicher und moderner urbaner Kultur und das spezifisch *Neue* der neuen religiösen Bewegungen werden damit leider nicht benannt. Um gegen Davis' „dualistische Gegenüberstellung von religiösen und politischen Bewegungen“ das emanzipatorische Potential religiöser Gruppierungen aufzuzeigen (S. 15), lassen die Herausgeber mit Enrique Dussel einen prominenten Vertreter der lateinamerikanischen „Befreiungstheologie“ zu Wort kommen.

Dussel beschreibt die Befreiungstheologie als marxistisch „angereichertes“ Projekt, dessen Erfolg der strategischen Zuwendung zu indigenen Traditionen und zum „Volkskatholizismus“ gedankt sei (S. 28 f.). Seine Methode, durch Analogiebildung „Theologie mit den Marx'schen Kategorien zu machen“ (S. 33), schildert er wie folgt: „Als ich [in einem Gespräch, Th. F.] dann an den Punkt komme, zu erklären, dass das Kapital der Antichrist ist, schauen wir uns die entsprechenden Bibelstellen näher an, und sie sind völlig überzeugt“ (S. 33). Aus dem Römerbrief des Paulus leitet Dussel eine politische Theologie ab, die das imperiale Recht, welches „den Gerechten getötet hat“ (S. 37), bekämpft: einen manichäischen Antikapitalismus (hier sind die Römer, nicht wie bei Paulus die Juden die Gottesmörder), der jede Vermittlung und Dialektik ablehnt. Dussel entwirft eine Art völkischer Theologie: „Die Befreiungstheologie ist [...] die einzige, die eine Vorstellung davon entwickelt hat, wie genau Gott in die Geschichte eingreift. Indem er sich nämlich selbst von der göttlichen Natur zum Sklaven macht, mobilisiert er die Sklaven von unten“ (S. 38). Der Kampf des Volkes sei bereits „gerechtfertigt durch das künftige System und das künftige Recht jener Ordnung, die kommen wird“ (ebd.).

Angesichts der Etablierung zahlreicher „linker“ Regierungen in Lateinamerika – für Dussel ein Erfolg der Befreiungstheologie – sei es nun notwendig, „eine Theologie [zu] entwickeln, die nicht nur Kritik, sondern auch das Regieren ermöglicht“ (S. 39). „Warum sollte es nicht möglich sein, den Staat als Konstrukteur von Gottes Reich auf Erden zu denken?“ (ebd.) Zu dieser Konstruktion sei der „Marxismus der 1960er Jahre“ allerdings nicht mehr zu gebrauchen (S. 38).

Die von den Herausgebern entworfene Theorie der Religion ist funktionalistisch. In der Tradition Durkheims postuliert sie, das Ritual produziere Gemeinschaft, soziale Identität und kognitive Ordnung. Rituale werden als Mittel begriffen, um „die abstrakte Verbindung von Gott und Individuum erfahrbar zu machen. [...] Bei ihrer Durchführung spielt das gemeinsame Erleben eine zentrale Rolle. Es erlaubt Menschen miteinander in Beziehung zu treten und stellt etwas Verbindendes, eine Gemeinschaft her“ (S. 17). Handlungsfähigkeit, Erfahrung, der Eigensinn der Akteure sowie alltägliche Interaktionen, Auseinandersetzungen und Aushandlungen als Quellen sozialen Sinns kommen hiermit nicht in den Blick. Religiöse Interventionen erscheinen als einzig sinnvolle sozialpolitische Rehabilitationsmaßnahme, um im wilden, geradezu heidnischen Slum Ordnung herzustellen: ein koloniales *Otbering*.

Die gläubige Rede von einer genuin religiösen *Erfahrung* der Existenz und Präsenz Gottes, der in die Geschichte eingreift, sich der menschlichen Verfügung entzieht und Unterwerfung unter seine Autorität verlangt, wird hier nicht ernst genommen. Übergangen wird damit auch die Frage nach spezifisch politisch-religiösen Rhetoriken der Autorisierung von Macht, Herrschaft und Gewalt, nach Praktiken der Subjektivierung der Gläubigen und der Exklusion von Ungläubigen, wie sie in Dussels Darlegungen zutage treten.

Wenn die Herausgeber die Leistungsfähigkeit der neuen religiösen Bewegungen betonen, ihre Ausrichtung auf die „Bedürfnisse der städtischen Armutsbevölkerung“ und ihre Fähigkeit, „wichtige kulturelle, soziale und materielle Dienste bereit[zu]stellen“ (S. 15), dann werden besagte Bewegungen damit als ökonomische Akteure

auf einem freien Markt konzipiert. „Immer häufiger und nicht nur unter konservativen Regierungen werden sie in lokale Governance-Prozesse eingebunden“ (S. 18). Ob diese „neuen Möglichkeiten für progressive Koalitionen unter Beteiligung der Religiösen“ dem Imperativ des *empowerment* folgen oder rein Output-orientiert angestrebt werden, weil sich die neuen religiösen Bewegungen „um die Belange der Armen [...] kümmern“, „einen besonderen Zugang zu den Deklassierten und Marginalisierten haben“ und soziale Brennpunkte „befrieden“, bleibt unklar (S. 19 f., 15, 8).

Die Herausgeber konstruieren Religiöses wie Städtisches als ir-reduzible kulturelle Vielfalt und Heterogenität (S. 21). Fundamentalistische Exklusion und religiös motivierte Gewalt, wie sie Julia Eckert in ihrem Beitrag über die *Shiv Sena* in Mumbai beschreibt, treten sie mit großer Gelassenheit und Toleranz gegenüber: „Da das Städtische in seinem Kern von Heterogenität bestimmt ist, die sich im Alltag kaum je völlig unterdrücken lässt, sind auch radikale religiöse Gruppen zu Aushandlungen und Kompromissen gezwungen, insbesondere wenn sie in die städtische Gesellschaft hineinwirken wollen“ (S. 21). Eine Diskussion der (fehlenden) Bereitschaft religiöser Akteure, Pluralität und Differenz auszuhalten, kann in dieser Logik der harmonischen Wechselwirkung von Befriedung und Zwang unterbleiben. Auch Ökonomie und Politik als Motoren städtischer Homogenisierung – genannt seien Stichworte wie Immobilienwirtschaft und Stadtmarketing – kommen in dieser kulturalistischen Konstruktion des Lokalen nicht in den Blick. Das Projekt der Kooptierung religiöser Gruppen für die Integrationsarbeit scheint die ökonomischen Trennungslinien der Stadt zu bestätigen (S. 22).

Die Buchbeiträge unterscheiden sich sowohl hinsichtlich der Konstruktion des Feldes (einzelne Armenviertel; verschiedene städtische Räume, die miteinander verglichen werden; transnationale Netzwerke) als auch in ihrer Bestimmung der Macht- und Herrschaftsformen religiöser Bewegungen (Wohlfahrt, Ideologie, Politik, Ökonomie und Bürgerkrieg). Im Folgenden möchte ich

zwei Beiträge vorstellen, die einer relationalen Perspektive verpflichtet sind: Asef Bayats Beitrag über den „Mythos der ‚islamistischen Armen‘“, der Fragen nach dem Verhältnis von Schichtzugehörigkeit, religiös-politischer Ideologie und pragmatischem Handeln nachgeht, und Delwar Hussains Analyse der Islamisierung der Londoner Bangladeshi-Community, die auf eindrucksvolle Weise die „Verbindung zwischen lokalen, urbanen Entwicklungen und globalen Prozessen“ aufzeigt (S. 8).

Asef Bayat wendet sich in seinem Beitrag „Der Mythos der ‚islamistischen Armen‘“, der auf Feldforschungen in Teheran und Kairo seit Anfang der 1980er Jahre basiert, gegen die weitverbreitete Annahme, die städtischen Elendsviertel seien eine Brutstätte des Islamismus. Diese Annahme begreift Bayat als Ausdruck einer „tiefgreifenden Angst“ der nationalen Eliten vor den städtischen Armen, deren vermeintliche Gewalttätigkeit als unheimliches Anderes elitärer „Ideale einer modernen Urbanität und politischen Zivilität“ erscheine (S. 70). Dagegen stellt Bayat Islamismus als Ideologie von Teilen der aufstiegsorientierten Mittelschicht dar, als eine kulturelle „Form der Selbstbehauptung“ gegenüber den Eliten.

Weder im Iran noch in Ägypten zeige der Klerus größeres Interesse an einer politischen Mobilisierung der Unterschichten. Im Iran seien sie nie als politische Subjekte, lediglich als „Mittel zum Zweck“ der Errichtung einer islamischen Ordnung begriffen worden. Belange der sozialen Gerechtigkeit seien im Islamismus stets sekundär. Bayat wendet sich somit gegen Mike Davis' Vergleich des Islamismus mit der lateinamerikanischen Befreiungstheologie.

Auch für Kairo weist Bayat die These einer Allianz von Armut und militantem Islam zurück. Die Präsenz von Islamisten in den „informellen Siedlungen“ sei nicht Ausdruck einer „natürlichen“ Affinität von Slum und Islamismus, sondern Resultat städtischer Verdrängungsprozesse, welche zu einem hohen Grad an sozialer Heterogenität in den Siedlungen geführt hätten. Die Vielzahl islamischer NGOs werde, begünstigt durch das Fehlen staatlicher Strukturen der Daseinsvorsorge, zumeist von gemäßigten Musli-

men geleitet. Ihre Inanspruchnahme durch die Armen sieht Bayat als Zeichen nicht des Erfolgs islamistischer Ideologie, sondern eines Pragmatismus der Armen, welcher unterschiedliche Ziele verfolge (Befriedigung materieller Bedürfnisse, Sinnsuche, Jobsuche), ohne sich zur Loyalität verpflichtet zu fühlen: Die Armen wüssten aus Erfahrung, dass sie sich „auf sich selbst verlassen“ müssen (S. 78).

Bayat wendet sich gegen die gängige, unreflektierte Übernahme des US-amerikanischen Slum-Konzepts. Die Kriminalität in den „informellen Siedlungen“ sei nicht signifikant höher als in anderen Vierteln, die Siedlungen seien in die komplexe städtische Ökonomie eingebunden, der städtische Alltag durch gelebte Toleranz und ein „starkes Gemeinschaftsgefühl“ geprägt, die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung äußerst heterogen (S. 79 f.). Damit entsprächen auch die Slums der Definition des Städtischen als „organische[s] Ensemble und Zusammenspiel einer Vielzahl von Lebensstilen und ökonomischen Tätigkeiten in einem spezifischen Raum“ (S. 80). Als Gegenentwurf zum nationalstaatlich durchdrungenen Raum verkörpern die Siedlungen für Bayat ein Streben nach kultureller und ökonomischer Selbstbestimmung „jenseits der Kontrolle des Staates“ (S. 80). Er beschreibt ein Ethos der Gegenseitigkeit und des Vertrauens und ein alternatives Netz informeller Institutionen (ebd.). Das pragmatische Handeln der Armen verbleibe jedoch stets im „Bereich des Lokalen und Konkreten. [...] Ideologisch zu sein, setzt bestimmte Kapazitäten und Ressourcen voraus, die den städtischen Armen in der Regel fehlen“ (S. 81).

Bayats Ideologiebegriff muss hier im Sinne der Armen als Akteure kritisch hinterfragt werden: Ideologie ist immer konkret und materiell, wird in „stillen“ Praktiken wiederholt, verschoben, ausgehandelt. Bayats Theorie des *Life as Politics* (2009) nimmt genau diese Praktiken in den Blick: direkte Aktionen eines sozialen „*non-movement*“, das sich abseits klassischer Formen der Repräsentation artikuliert. Seine Konzeption einer fragmentierten und atomisierten Masse, die allein durch die große Zahl von widerständigen Handlungen „Effekte“ erziele, lediglich situativ oberflächliche

„Ähnlichkeit“ wahrnehme und nur angesichts von Bedrohungen kollektive Handlungsformen entwickle unterschlägt jedoch – ebenso wie seine jargonhafte poststrukturalistische Rede von körperlichen Präsenzen und Praktiken – die Fähigkeit der Akteure zu Reflexion und Selbstreflexivität, damit auch zur kreativen Antwort auf ideologische Zumutungen. Bayat scheint versucht, individuelles wie kollektives Handeln in mechanischen Reiz-Reaktions-Schemen zu denken, allein um die Rede von Subjekt und Bewusstsein zu vermeiden. Eine seltsame Situation: eine „stille“ Straße, in der Menschen nur handeln, aber nicht reden, nicht einmal vom alltäglichen Ärger.

Delwar Hussain beschreibt in seinem Beitrag „Globalisierung, Gott und Galloway“ die Islamisierung der Bangladeshi-Community in London als Effekt der multikulturalistischen Förderpolitik des britischen Staates einerseits und transnationaler Vernetzung andererseits. Hussain entwirft eine relationale Ethnographie der transnationalen Netzwerke zwischen Bangladesch und der Londoner Diaspora. *Global cities* wie London versteht Hussain als „Knotenpunkte im internationalen System“ (S. 212), die durch die internationale Arbeitsteilung sowie durch globale Ströme der Kommunikation und Migration stets neu konstituiert werden und Orte der „Glokalisierung“ (Roland Robertson) darstellen – eine Dimension von Stadt, die in anderen Beiträgen des Bandes zu kurz kommt. Hussain analysiert den kreativen Gebrauch identitätspolitischer Kategorien durch die Akteure, den „strategischen Nutzen von Ethnizität, Klasse, Religion“ und die Rolle von „globalen, lokalen und transnationalen Prozessen als Ressourcen der politischen Mobilisierung, des Kampfes und des Widerstands in der *global city*“ (S. 212). „Islamismus“ versteht Hussain als genuin *modernes* Phänomen, als „konstruktiven Dialog unhinterfragter islamischer Grundannahmen mit den Realitäten der modernen Welt, im Zuge dessen eine umfassend moderne religiöse, moralische und politische Ideologie zu entwickeln versucht wird“ (S. 213). Diese „Erfindung der Tradition“ (Eric J. Hobsbawm und Terence O. Ranger) in den Peripheri-

en gelange durch Migration in die „Zentren“, wo sie neu interpretiert und lokalisiert werde (S. 219 f.).

Die zunehmende Bedeutung des Islamismus in der Londoner Bangladeshi-Community führt Hussain unter anderem auf eine Neuausrichtung der britischen Integrationspolitik zurück. Seit Anfang der 1990er Jahre strebten lokale Behörden Kooperationen mit Moscheen der Bangladeshi an, um sonst schwer erreichbare Bevölkerungsteile mit sozialen Diensten (Bildung, Arbeitslosenprogramme) versorgen zu können. Das Bekenntnis zum Islam wurde zum Zugangskriterium für Leistungen, die vordem jedem Bürger zu standen, und beförderte innerhalb der Community die Ablösung „ethnischer“ durch religiöse Identifizierung. Diese Förderpolitik wurde nach der Rushdie-Affäre und dem Beginn des zweiten Golfkriegs als Teil einer Integrationspolitik des Multikulturalismus ausgebaut, zeitgleich setzten der Rückbau des britischen Sozialstaats und der Niedergang säkularer Arbeitervereine ein. Fördergelder, die ehemals an Vereine flossen, welche den „säkularen Traditionen der britisch-bengalischen Kultur und Gesellschaft“ verpflichtet waren, stärkten jetzt die muslimischen Gemeinden, die dadurch hegemonial wurden (S. 222).

Besonders in London gebürtige Bangladeshi der dritten Generation („Londoni“) entdeckten den Islamismus als Medium der Bearbeitung von Erfahrungen ökonomischer und rassistischer Stigmatisierung. Der Islamismus trat damit an die Stelle der säkularen sozialistischen Ideologie der Elterngeneration, deren aktives Engagement gegen Armut und Ausgrenzung gescheitert schien. Während die Londoner Bangladeshi der ersten und zweiten Generation die nationale Unabhängigkeit eines säkularen Bangladesch unterstützten, fühlen sich die Londoni stattdessen der „imaginierten Gemeinschaft“ einer weltweiten islamischen *Umma* verpflichtet. Dieses Projekt einer Ideologisierung und Homogenisierung des Islam widerspricht dabei nicht nur den ethnisch codierten Frömmigkeitspraxen der älteren Bangladeshi, sondern konterkariert auch die Po-



litik des britischen Multikulturalismus, kulturelle Heterogenität zu befördern (S. 222).

Hussain zeigt die engen transnationalen Verflechtungen politischer und politisch-religiöser Akteure zwischen Bangladesch und der Londoner Diaspora auf. Der Kampf gegen Rassismus und Armut in Großbritannien und der Befreiungskampf seien stets eng miteinander verbunden gewesen. Die gegenwärtigen politischen Konfliktlinien zwischen der islamistischen Jamaat-Partei und der säkularen Awami-Liga in Bangladesch durchziehen auch die Londoner Community und zeitigen in der britischen Mainstream-Politik unintendierte Effekte: So unterstützte George Galloway mit seiner *Respect*-Partei die Jamaat-Anhänger und sicherte sich dadurch 2005 den Sieg im Wahlkreis.

Der Islamismus, resümiert Hussain, sei nicht in der Lage, die neoliberale staatliche Politik herauszufordern. Der Kampf gegen Islamophobie „dient dazu, Muslime aus der allgemeineren Geschichte des schwarzen/asiatischen Kampfes herauszulösen. Der Kampf schließt außerdem jede Möglichkeit aus, Fragen der Klasse und ökonomischen Diskriminierung zu adressieren, da diese schlicht nicht auf der Agenda des Islamismus stehen“ (S. 242).

Die Vielfalt und Heterogenität sowohl der in *Urban Prayers* ethnographierten Bewegungen als auch der Zugangsweisen der Autor\_innen ermöglicht einen Erkenntnisgewinn, der sich aus der kreuzperspektivischen Befragung der Beiträge ergibt. Leider tritt die Darstellung religiöser Praxen der Raumherstellung und -aushandlung in Auseinandersetzung mit der konkreten Materialität der städtischen Räume in den meisten Beiträgen etwas in den Hintergrund. Die eingehende Reflexion auf Produktionsbedingungen des Wissens, seine Standortgebundenheit und Zirkulation wäre angesichts der Frage nach der Anwendbarkeit des Wissens in Governance-Prozessen sinnvoll gewesen. Dass die Konstruktion des Feldes und die Selbstverortung des Forschers („neutraler Blick“, Empathie oder Expertise) die Ergebnisse wesentlich beeinflusst, wird unter anderem im Beitrag Pablo Semáns deutlich, dessen städtische Arme, in den vom

Autor konstruierten „Containerraum“ ihres Elendsviertels eingeschlossen, ihrem Schicksal zwischen Alkoholismus, Religion, Nachbarschaftskontrolle und patriarchaler Familienstruktur schlichtweg preisgegeben scheinen.

Insgesamt wird die empathische Rede der Herausgeber von innovativen, emanzipatorischen, effizienten religiösen Bewegungen durch die bei den Autor\_innen überwiegende Darstellung religiös motivierter Gewalt und Exklusion zumindest infrage gestellt, was auf die Relevanz der Analyse von religiösen Macht- und Herrschaftsstrukturen sowie von Möglichkeiten demokratischer Teilhabe und religiös-politischen Legitimationsstrategien hinweist. In einer vergleichenden Lektüre der einzelnen Beiträge zeigt sich, dass eine angemessene Darstellung der heterogenen räumlich-politisch-religiösen Assemblagen der neuen religiösen Bewegungen auf lokaler und transnationaler Ebene die Analyse der einförmigen staatlichen wie supranationalen Politiken, welche lebensweltliche Zusammenhänge regulieren, mit einschließen muss. *Urban Prayers* kann man zugutehalten, die Auseinandersetzung mit religiösen Phänomenen und Akteuren „unter Linken“ zu befördern – eine Auseinandersetzung auf dem gemeinsamen Feld des Städtischen, das selbst nicht neutral ist, sondern politisch.

*Thomas Funk*

**Mark Zandi, *Financial Shock: A 360° Look at the Subprime Mortgage Implosion, and How to Avoid the Next Financial Crisis*, FT Press: Upper Saddle River 2009. 278 Seiten. USD 24,99**

**David Wessel, *In Fed We Trust: Ben Bernanke's War on the Great Panic*, Crown Business: New York 2009. 324 Seiten. USD 26,99**

**Raghuram G. Rajan, *Fault Lines: How Hidden Fractures Still Threaten the World Economy*, Princeton University Press: Princeton / Oxford 2010. 260 Seiten. USD 26,95**

Die drei hier zu besprechenden Bücher untersuchen den Beginn der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise in den USA. Bei den Autoren handelt es sich um angesehene Mainstream-Ökonomen: Mark Zandi ist Chefökonom und Gründungsmitglied von Moody's Economy.com, einer Tochter der Ratingagentur Moody's; David Wessel ist Wirtschaftsredakteur des *Wall Street Journal*; Raghuram G. Rajan war von 2003 bis 2006 Chefökonom des Internationalen Währungsfonds und arbeitet gegenwärtig als Berater des indischen Premierministers.

Mark Zandis *Financial Shock* ist nicht gänzlich frei von jener Sorte psychologisierender Erklärungen, die den Blick auf die Ursachen des Krisenausbruchs dadurch verstellen, dass sie die Welt widerstreitender ökonomischer Interessen hinter ein merkwürdig konturloses Panorama allgemein menschlicher Dispositionen zurückschleppen lassen, in dem letztlich die Gemeinsamkeiten der verschiedenen Akteure überwiegen und die Verantwortung für den Krisenausbruch überall und nirgends liegt. Typisch dafür sind Aufzählungen, in denen die Führungsstäbe der Zentralbanken neben dem auf Kreditaufnahme angewiesenen US-amerikanischen Durchschnittshaushalt stehen. Zandi nennt den Übermut aller an der Immobilienblase der Jahre 2001 bis 2006 Beteiligten, ihre *Hybris*, als eine wesentliche Ursache des Krisenausbruchs, um dann zu schrei-

ben: „Everyone involved – homebuyers, mortgage lenders, builders, regulators, rating agencies, investment bankers, central bankers – believed they had a better formula, a more accurate model, or would just be luckier than their predecessors” (S. 5). Solche wenig hilfreichen Aussagen finden sich jedoch nur gelegentlich; insgesamt besticht Zandis Krisenanalyse durchaus durch ihre genaue und nuancierte Darstellung der wirtschaftlichen Hintergründe.

Zandis Darstellung des Krisenausbruchs beginnt mit der Dot-com-Krise, dem 11. September 2001 und den Einmärschen der US-Armee in Afghanistan und Irak. Die US-amerikanische Zentralbank, die damals von Alan Greenspan geleitete Federal Reserve, reagierte auf die wirtschaftliche Unsicherheit, die mit diesen Ereignissen einherging, durch eine drastische Senkung des Zinsfußes: Der Leitzins wurde zwischen Januar 2001 und Mai 2003 von 6,5 auf ein Prozent herabgesetzt und erreichte damit den niedrigsten Stand seit den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg (S. 57). Weitere Zentralbanken folgten diesem Beispiel. Dass dies überhaupt möglich war und die mit dieser drastischen Senkung sonst verbundene Furcht vor Inflation ausblieb, hing Zandi zufolge unter anderem mit der chinesischen Exportoffensive zusammen, die auf den WTO-Beitritt des Landes im Jahr 2001 folgte. Die in China produzierten, auf der ganzen Welt und insbesondere auch in den USA zu günstigen Preisen angebotenen Konsumgüter ließen Greenspan und andere Zentralbanker nicht so sehr eine Inflation als vielmehr eine Deflation befürchten.

Die Zinssenkungen zogen eine weltweite Liquiditätsschwemme nach sich, die durch weitere Faktoren verstärkt wurde. Durch das chinesische Wirtschaftswachstum wurden die Rohstoffpreise und insbesondere der Ölpreis immer weiter in die Höhe getrieben, und mit ihnen auch das US-Handelsdefizit (S. 85). Ein guter Teil der Dollars, die aus den USA in die Rohstoffe produzierenden Länder flossen, kehrte in Form von Investitionen in die USA zurück – entsprechend dem klassischen, bereits aus den 1970er Jahren vertrauten Muster des *petrodollar recyclings* (eine Parallele, auf die Zandi

nicht eingeht). Zunächst waren zwar die als sicher geltenden US-amerikanischen Staatsanleihen noch die beliebteste Anlageoption. Bald kam es jedoch auch vermehrt zu Investitionen in riskantere Finanzinstrumente, wie sie damals unter Ausschöpfung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt wurden. Viele dieser Finanzinstrumente, etwa die berüchtigten *collateralized debt obligations* (CDOs), waren an den US-amerikanischen Hypothekenmarkt gekoppelt.

Bekanntlich durchlebten die USA in diesen Jahren einen Immobilienboom. Häuserkäufe, Häuserbau und Häuserpreise brachen in den Jahren zwischen 2001 und 2005 laufend Rekorde (S. 15). Der Häuserboom belebte die Wirtschaft und erzeugte zusätzliche Liquidität. Der daraus resultierende „spending splurge“ war, wie Zandi zeigt, exakt das, was der Federal Reserve bei ihrer Senkung des Leitzinses vorgeschwebt hatte (S. 64). Günstige Kredite ermöglichten vielen US-Amerikanern erstmals den Kauf eines Hauses. Der Hausbesitz wurde dann Grundlage weiterer Kreditaufnahmen und weiteren Konsums: „In effect, homes were being turned into a cash machine, helping to fuel a consumer buying binge“ (ebd.). Eine wichtige Rolle spielte dabei der ständige Wertzuwachs der Immobilien. Laut Zandi kam hier zum Tragen, was englischsprachige Ökonomen als „wealth effect“ bezeichnen, also das Phänomen, das Haushalte umso weniger sparen und umso mehr konsumieren, als je wohlhabender sie sich wahrnehmen (S. 73 f.).

Zandi betont auch, dass die in den Jahren vor der *subprime*-Krise zu verzeichnende, auf dem Immobilienboom gründende Konsumfreude der US-Amerikaner die extreme Zuspitzung eines langfristigen Trends war: Die Sparquote des US-amerikanischen Durchschnittshaushalts sank zwischen 1980 und 2005 von zehn Prozent auf fast null; dem entsprach ein Anstieg des Anteils der Verbraucherausgaben am Bruttosozialprodukt von 62 Prozent im Jahr 1980 auf 70 Prozent im Jahr 2000 (S. 214, 222). Die Sparquote der Hausbesitzer mit niedrigen und mittleren Einkommen sank Anfang der 2000er Jahre sogar zehn Prozentpunkte unter den Nullpunkt, das

heißt diese Gruppe von Hausbesitzern gab im Durchschnitt zehn Prozent mehr aus, als sie einnahm (S. 218).

Mitte 2004 begann die Überhitzung des Immobilienmarktes der US-amerikanischen Zentralbank Sorgen zu bereiten, sodass sie den Zinsfuß wieder anhub. Tatsächlich gab es im Frühjahr 2005 erste Anzeichen für eine Abkühlung des Immobilien- und Hypothekenmarktes. Die Immobilien- und Hypothekenanbieter begannen aggressiv nach Mitteln zu suchen, um den Boom zu verlängern. Die bei Immobilienkäufen verlangten Anzahlungen wurden immer weiter gesenkt, bis sie sich teilweise auf nur noch fünf Prozent des Immobilienwerts beliefen (S. 39). Auf die Vorlage einer Einkommensbescheinigung wurde immer häufiger verzichtet. Vor allem aber kamen nun verstärkt Instrumente wie *adjustable-rate mortgage loans* (ARMs) zum Einsatz: Hypotheken, bei denen die monatlichen Zahlungen einige Jahre lang ungewöhnlich niedrig sind, dann aber drastisch ansteigen (S. 17). ARMs grassierten insbesondere auf dem Markt für *subprime*-Hypotheken, wurden also vor allem an Kreditnehmer mit unterdurchschnittlicher Kreditwürdigkeit vergeben. Einige Jahre vorher wäre ein solches Vorgehen, so Zandi, noch als völlig unverantwortlich angesehen worden, als „prescription for financial disaster“ (ebd.). Die Darlehensgeber verwiesen zu ihrer Rechtfertigung auf die steigenden Immobilienpreise: Diese würden es den Kreditnehmern auch nach Anhebung der monatlichen Zahlungen erlauben, ihre Schulden zu begleichen. Diese Wette ging bekanntlich nicht auf. Vielmehr begannen die Immobilienpreise ab 2006 zu fallen, bis sie Mitte 2008 – just, als viele Kreditnehmer mit höheren monatlichen Zahlungen konfrontiert waren – wieder auf dem Niveau von 2004 lagen (S. 43). Die Folgen für die betroffenen Haushalte waren umso verheerender, als diese bereits vor Anhebung der monatlichen Zahlungen im Durchschnitt mehr als 40 Prozent ihres Einkommens zur Begleichung ihrer Hypothekenschulden verwenden mussten (S. 40).

War die *subprime*-Krise, die in der ersten Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts münden sollte, also nur auf eine „broad-based

erosion of credit standards“ zurückzuführen (S. 29), auf das unverantwortliche Vorgehen US-amerikanischer Darlehensgeber? Zandi betont den Zugzwang, unter dem besagte Darlehensgeber standen: Wer die Hypothekenvergabe bremste oder strengere Maßstäbe ansetzte, wurde vom Markt verdrängt (S. 103–106). Vor allem aber kommt er noch einmal auf die Rolle von Greenspans Federal Reserve zu sprechen. Greenspan war nicht nur dafür bekannt, dass er die Verbreitung, die ARMs zu Beginn des Jahrtausends fanden, begrüßte (S. 67). Er hatte auch bereits in den 1990er Jahren die Ansicht vertreten, dass sich die Entstehung von Investitionsblasen nicht zuverlässig erkennen lasse. Vielmehr könnten solche Blasen immer erst dann mit Sicherheit identifiziert werden, wenn sie bereits geplatzt seien: „[B]ubbles generally are perceptible only after the fact“ (zit. S. 70). Daraus zog Greenspan den Schluss, dass die Aufgabe der Federal Reserve nicht darin bestehen könne, die Entstehung von Blasen zu verhindern, sondern lediglich darin, die Auswirkungen bereits geplatzter Blasen unter Kontrolle zu halten. Diese Ankündigung – der sogenannte „Greenspan put“ – habe Hypothekemakler und allgemeiner auch die an der Wall Street tätigen Spekulanten zu einem besonders sorglosen Vorgehen ermutigt, denn sie lief ja auf die Zusage hinaus, keinerlei Maßnahmen zur Verhinderung einer Investitionsblase zu ergreifen, dafür aber einzuschreiten, sobald sich deren Folgen auf unangenehme Weise spürbar machen (S. 71). Zandi weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Greenspan unterschätzt zu haben scheint, wie weit die Entstehung eines einheitlichen US-amerikanischen Immobilienmarkts inzwischen gediehen war. Denn er scheint nur mit lokalen, auf einzelne Bundesstaaten beschränkten Immobilienblasen gerechnet zu haben, nicht aber mit einem die gesamte US-Ökonomie erschütternden Ereignis (S. 72).

David Wessels *In Fed We Trust* bestätigt diese Darstellung der Politik Alan Greenspans und insbesondere dessen als „mop up after strategy“ bekannt gewordenes Rezept für den Umgang mit Investitionsblasen (S. 50–66). Greenspans wusste sich in diesem Punkt

mit seinem im Februar 2006 angetretenen Nachfolger Ben Bernanke einig (S. 60 f.). Dieser ist der eigentliche Protagonist von Wessels Buch, das im Gegensatz zu Zandis *Financial Shock* eher journalistisch gehalten und stärker personenzentriert ist.

Indem er auf Bernanke fokussiert, behandelt Wessel auch ausführlicher als Zandi die Ereignisse nach dem Ausbruch der *subprime*-Krise. Als entscheidende Wendepunkte stellt Wessel den März und den September 2008 dar. Im März 2008 gelang der Federal Reserve die Rettung der Investitionsbank Bear Stearns. Im September ging die Investitionsbank Lehman Brothers in Konkurs. Auch die Fusion von Merrill Lynch und der Bank of America fand im September 2008 statt. Darüber hinaus kam es in jenem Monat zur faktischen Verstaatlichung der größten US-amerikanischen Versicherungsfirma, American International Group (AIG).

Den Konkurs von Bear Stearns konnte die Federal Reserve dadurch verhindern, dass sie der Investitionsbank zunächst einen Überbrückungskredit zur Verfügung stellte und anschließend deren Übernahme durch den Konkurrenten J. P. Morgan Chase orchestrierte. Die Übernahme wurde indirekt – auf eine mit dem Mandat der Zentralbank gerade noch vereinbare Weise – durch die Federal Reserve subventioniert (S. 168). Neuland betrat Bernanke aber nicht erst dadurch, sondern bereits mit dem Überbrückungskredit, denn Bear Stearns war keine herkömmliche Bank, sondern Teil des nicht regulären oder Schattenbankensystems – und lag damit strenggenommen außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Federal Reserve. Rückblickend erscheint der Kredit somit als Vorschein auf jene Neuorientierung der Zentralbank, die sich im weiteren Verlauf der Krise wiederholt als notwendig erweisen sollte: „Lending to a financial firm outside the Fed’s regulatory net would eventually force long overdue changes in the US financial regulatory regime: the Fed could no longer pretend that it supervised banks and someone else supervised the shadow banking system” (S. 159).

Es überrascht nicht, dass die im Überbrückungskredit an Bear Stearns sich ankündigende Kompetenzerweiterung außerordentlich



umstritten war. Kritik kam unter anderem von dem ehemaligen Vorsitzenden der Zentralbank Paul Volcker: Die Federal Reserve habe sich bis an den äußersten Rand des rechtlich Zulässigen vorgewagt, „transcending certain long embedded central banking principles and practices“ (zit. S. 173). Teilweise wurde der Federal Reserve auch vorgeworfen, sie trage durch ihr Vorgehen zur Entstehung zukünftiger Krisen bei. Denn sie signalisiere Spekulanten, dass diese auch bei den riskantesten Unternehmungen letztlich nicht die Zechen zu zahlen bräuchten. Das aber erzeuge jene Verantwortungslosigkeit, die im Jargon des US-amerikanischen Versicherungswesens als „moral hazard“ bezeichnet wird (S. 174).

Ob Bernanke diese Kritik beherzigte und deswegen ein halbes Jahr später die Investitionsbank Lehman Brothers in Konkurs gehen ließ, ist fraglich. Wessels Darstellung der Gründe für die Lehmann-Pleite schwankt zwischen Ausführungen über die Unterschiede zwischen Lehman Brothers und Bear Stearns – Lehman habe im Gegensatz zu Bear Stearns nicht mehr nur ein Liquiditätsproblem gehabt, sondern sei bereits insolvent, daher nicht mehr zu retten gewesen (S. 35) – und dem Hinweis, dass Bernanke und seine Mitarbeiter sich durchaus um die Rettung Lehmans bemühten, letztlich aber am Widerstand der britischen Finanzmarktaufsichtsbehörde scheiterten, die sich gegen einen Kauf Lehmans durch die Londoner Barclays Bank stemmte (S. 19).

Insgesamt erscheint das auf viele Beobachter widersprüchlich und wenig vorhersagbar wirkende Verhalten der Federal Reserve bei Wessel als Ergebnis eines Prozesses des *learning by doing*, den Bernanke und seine Mitarbeiter unter äußerst schwierigen Bedingungen zu durchlaufen hatten. In nahezu jeder Etappe dieses Prozesses handelte sich Bernanke schwere Vorwürfe ein, wobei die Kritiken nach der Lehman-Pleite besonders heftig ausfielen. So rügte etwa die heutige IWF-Vorsitzende Christine Lagarde (damals noch französische Finanzministerin) die Federal Reserve dafür, dass sie die Pleite nicht verhindert hatte; ähnliche Aussagen kamen auch aus dem Umfeld der Europäischen Zentralbank (S. 23). Bei

US-amerikanischen Ökonomen wie Alan Blinder (einem ehemaligen Kollegen Bernankes an der Universität Princeton) hinterließ das Ereignis ebenfalls eine gewisse Ratlosigkeit: „If Bear was too big to fail, how could Lehman, at twice its size, not be?“ (zit. S. 23).

An mehreren Stellen wirft Wessel Bernanke vor, das Ausmaß der Krise lange Zeit – mindestens bis August 2007 – unterschätzt und sich auf das turbulente Jahr 2008 nicht genügend vorbereitet zu haben (S. 115, 273). Er weist darauf hin, dass es die Europäische Zentralbank und nicht die Federal Reserve war, die im August 2007 dazu überging, durch eine erste Liquiditätsspritze den drohenden Kollaps des Interbankenmarktes zu verhindern – „the beginning of a cycle of crisis and ever-larger responses that would stretch on for more than a year“ (S. 101). Im Dezember 2007 sollte sich die Federal Reserve diese Vorgehensweise in veränderter Form zu eigen machen: durch die Einrichtung jener *Term Auction Facility* (TAF), die Wessel treffend als „bypass operation“ charakterisiert: als Mittel, um den Geldfluss zwischen den Banken wieder in Gang zu bringen („[t]o unclog the financial circulatory system“: S. 137). Originell an der TAF war, dass sie ihren Charakter als Liquiditätsspritze verschleierte. Denn sie sah keine direkten Anleihen bei der Zentralbank vor, sondern die Versteigerung der im Besitz der Federal Reserve befindlichen Staatsanleihen. Die an den Auktionen teilnehmenden Banken konnten ihre Liquidität verbessern und dabei das Stigma vermeiden, das einer direkten Anleihe anhaftete. Die Zentralbank nutzte wiederum die Erlöse, um besonders risikobehaftete Wertpapiere aufzukaufen (S. 137 ff.). Auf TAF folgten bekanntlich noch weitere Liquiditätsspritzen. Auch, wo sie nicht von der Zentralbank sondern vom Schatzamt ausgingen, wurden sie von Bernanke und seinen Mitarbeitern angeregt (S. 203–206).

Bis zur faktischen Verstaatlichung von AIG im September 2008 – die Federal Reserve gewährte der Versicherungsfirma einen Kredit über 85 Milliarden US-Dollar und übernahm 79,9 Prozent der Anteile – war die US-amerikanische Zentralbank in ihre neue Rolle hineingewachsen. Die Rettung AIGs war nach Wessel das Ereignis,

das vielen Amerikanern erstmals vor Augen führte, wie sehr Bernanke und seine Mitarbeiter ihre Macht ausgeweitet hatten. „For many members of Congress, the Fed’s ability to come up with \$ 85 billion overnight led to the realization that the Fed increasingly was acting like a fourth branch of government. Most politicians, indeed, most American citizens, had a vague idea that the Fed could move some interest rates up or down. But they had no idea that the Fed could – with the push of a button on a computer keyboard – create that much money from nothing and without seeking the approval of Congress or the president” (S. 198).

In gewisser Weise hatte Bernanke damit die Lehren aus seiner früheren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Großen Depression in die Praxis übertragen. „To understand the Great Depression is the Holy Grail of macroeconomics“, hatte Bernanke als Akademiker geschrieben (zit. S. 41). Aus dem Versagen der Banken und insbesondere auch der Federal Reserve gegenüber den wirtschaftlichen Verwerfungen der 1930er Jahre hatte er bereits mehrere Jahrzehnte vor seinem Amtsantritt als Vorsitzender der Zentralbank die Lehre gezogen, Liquiditätsschöpfung sei der Königsweg zur Eindämmung größerer Krisen. Und im November 2002 – zu einer Zeit also, als die Gefahr einer Deflation die wirtschaftspolitische Diskussion in den USA bestimmte – hatte er in einem viel beachteten Vortrag die Mittel erörtert, die der Federal Reserve jenseits der Senkung des Leitzinses zur Verfügung stehen, um Liquidität herzustellen. Dabei hatte er unter anderem den Aufkauf von Staatsanleihen und die direkte Geldschöpfung genannt (S. 78 f.). Um den Einsatz eben solcher Mittel sollte es 2008 dann tatsächlich gehen, denn die bloße Senkung des Leitzinses hätte, wie Wessel unterstreicht, nicht genügt, um den Kollaps des globalen Finanzsystems zu verhindern (S. 275).

Es dürfte bereits deutlich geworden sein, dass die Bücher von Zandi und Wessel den globalen Krisenzusammenhang stark zurückstellen und weitestgehend auf die Ereignisse in den USA fokussieren. Auch der zeitliche Rahmen ist recht eng gesteckt, sieht

man von dem lesenswerten Kapitel zur Gründungsgeschichte der Federal Reserve ab, das Wessel in seine Chronik der Ereignisse von 2007 und 2008 einschleibt (S. 27–49). Vergleiche mit früheren Krisen werden nur auf sehr cursorische Weise gezogen. Anders verhält es sich mit Raghuram G. Rajans *Fault Lines*, einem Buch, das den globalen Krisenzusammenhang durchweg im Blick behält und auch etwas ausführlicher auf die Verbindungslinien zu früheren Krisen eingeht.

Rajans Darstellung des Ausbruchs der *subprime*-Krise deckt sich im Wesentlichen mit der von Zandi. Auch Rajan betont die Bedeutung der Zinssenkungen, mit denen die Federal Reserve zu Beginn des Jahrtausends auf das Platzen der Dotcom-Blase reagierte (S. 5, 16). Allerdings rekonstruiert Rajan ausführlicher als Zandi den Beitrag, den der Dollar-Reimport aus den Rohstoffe produzierenden Ländern zur *subprime*-Krise geleistet hat und benennt auch explizit das *petrodollar recycling* der 1970er Jahre als frühe und wegweisende Variante dieses Mechanismus (S. 68). Er begnügt sich dabei nicht mit dem Nachweis, dass ein beträchtlicher Teil des während der Liquiditätsschwemme von 2001 bis 2005 im US-amerikanischen Finanzsektor investierten Kapitals aus den exportfreudigen Schwellenländern China, Indien, Brasilien und Russland stammte (S. 80, 83). Auch Japan habe eine wichtige Rolle gespielt bei der Herausbildung des (oft verkürzt als „Chimerica“ bezeichneten) Musters von globalen Kapital- und Warenströmen, dank dessen sich die US-amerikanische Hypothekenkrise in eine Weltwirtschaftskrise auszuweiten vermochte (S. 63). Denn die seit den 1990er Jahren anhaltende Schwäche der japanischen Wirtschaft habe das Land – zumindest für ausländische Anleger – als lukrativen Investitionsstandort ausscheiden lassen und damit die Konzentration der Kapitalflüsse in Richtung USA befördert (ebd.).

Lesenswert ist auch Rajans Analyse der binnenwirtschaftlichen Hintergründe der US-amerikanischen Immobilien- und Hypothekenkrise. Rajan kann sich zugutehalten, bereits 2005 vor den Risiken gewarnt zu haben, die Finanzinstrumenten wie *credit default swaps* anhaften: Der Kollaps des Interbankenmarktes und eine aus-

gewachsene Finanzkrise erschienen ihm damals bereits als ernstzunehmende Gefahr (S. 3). In *Fault Lines* erklärt er, dass ihm die Entwicklung neuer, risikobehafteter Finanzinstrumente heute nur als „tip of the iceberg“ erscheine (S. 4). Die fundamentalen Ursachen der *subprime*-Krise seien in der wachsenden sozialen Polarisierung der US-amerikanischen Gesellschaft sowie im politischen Umgang mit dieser Entwicklung zu suchen (S. 8).

Rajan referiert, dass die Löhne im 90. Einkommensperzentil während des Zeitraums 1975–2005 um 65 Prozent mehr anstiegen als die im zehnten Perzentil (S. 24). Die stagnierenden Löhne der unteren Einkommensgruppen wurden in diesem Zeitraum vor allem durch eine Ausweitung des Konsumentenkredits kompensiert: „[T]he political response to rising inequality [...] was to expand lending to households“ (S. 9). Dabei kam Hypotheken eine besondere Rolle zu: „Politicians love to have banks expand housing credit, for credit achieves many goals at the same time. It pushes up house prices, making households feel wealthier, and allows them to finance more consumption. It creates more profits and jobs in the housing financial sector as well as in real estate brokerage and housing construction“ (S. 31). Diese politische Vorliebe für Hypotheken – und zwar insbesondere für *subprime*-Hypotheken – sei in den Jahren nach der Dotcom-Krise besonders ausgeprägt gewesen. In den Jahren 2002–2005 war in Gebieten, die überdurchschnittlich viele Einwohner mit niedriger Kreditwürdigkeit aufweisen, eine doppelt so starke Ausweitung des Konsumentenkredits zu beobachten wie in Gebieten, deren Einwohner über hohe Kreditwürdigkeit verfügen (S. 39). Rajan hält fest: „The borrowing was not driven by a surge in demand: instead it came from a greater willingness to supply credit to low-income households“ (S. 40). Kehrseite der Ausweitung des Konsumentenkredits war – wenig überraschend – die Steigerung der Schuldenlast ärmerer Haushalte: Zwischen 1989 und 2004 verdoppelte sich der Anteil ärmerer Haushalte mit Hypothekenschulden (S. 41). Nur der Anteil ärmerer Haushalte mit

Kreditkartenschulden wuchs noch dramatischer an – um ganze 75 Prozent (ebd.).

Wenn nun aber ein Zusammenhang besteht zwischen der *subprime*-Krise, den stagnierenden Löhnen der unteren Einkommensgruppen und der Überschuldung eben dieser Einkommensgruppen, wie ist dann die anhaltende Misere der ärmeren Segmente der US-Bevölkerung zu erklären? Rajan verweist auf den Strukturwandel des Arbeitsmarkts und insbesondere auf das seit den 1990er Jahren zu verzeichnende Phänomen der *jobless recoveries* (S. 14). Auf die meisten Rezessionen seit dem Zweiten Weltkrieg sei in den USA eine vergleichsweise rasche Erholung des Arbeitsmarktes gefolgt: Im Durchschnitt hätte es nach Erreichen der Talsohle des Zyklus acht Monate gedauert, bis die Erwerbslosenzahlen wieder auf das vorherige Niveau gesunken seien (S. 85). Mit der Rezession von 1990/91 habe sich das jedoch geändert: In ihrem Fall dauerte es nicht weniger als 23 Monate, bis sich der Arbeitsmarkt erholt hatte (ebd.). Auch auf die Rezession von 2001 folgte eine längere Periode hoher Erwerbslosigkeit.

Rajan diskutiert drei gängige Erklärungen für das Phänomen der *jobless recoveries* (S. 87 f.). Manche Wissenschaftler verweisen auf den Strukturwandel der Wirtschaft, also auf die Krise älterer und die Entstehung neuer Wirtschaftszweige. Der Trend, den Rajan in der Formel „from steel to software“ zusammenfasst (S. 87), sei mit erhöhten Qualifikationsanforderungen an die Arbeitssuchenden einhergegangen und habe es damit vielen Menschen erschwert, eine Stelle zu finden. Ein zweiter Erklärungsansatz sieht den Grund für die *jobless recoveries* in den relativ langen Prosperitätsphasen, die den Rezessionen von 1990/91 und 2001 jeweils vorausgingen: Viele Firmen hätten während dieser Prosperitätsphasen zu freimütig eingestellt, um sich dann anschließend in eine umso restriktivere Beschäftigungspolitik zu flüchten (S. 88). Rajan hält diese ersten beiden Erklärungen nur bedingt für überzeugend. Plausibler erscheint ihm der Hinweis, dass die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien den Firmen eine Feinjustierung und Flexibilisie-

rung ihrer Beschäftigungspolitik ermöglicht haben („hiring just in time“: ebd.), die zu einem geringeren Zuwachs neuer Arbeitsplätze geführt hat, aber auch zur verstärkten Nutzung von Leiharbeit (ebd.). Für die arbeitende Bevölkerung der USA haben solche Umbrüche rascher als in anderen Industrieländern zu Einkommenseinbußen und Verschuldung geführt. Die veränderte Arbeitsmarktpolitik traf auf einen relativ schwachen US-amerikanischen Sozialstaat, der zudem spätestens seit der Präsidentschaft Bill Clintons weiter abgebaut worden war (Rajan spricht von einem „weak safety net“: S. 86).

Vor diesem Hintergrund sei nicht zuletzt auch die Niedrigzinspolitik der Federal Reserve in den Jahren nach 2001 zu erklären. Denn Hauptmotiv dieser Niedrigzinspolitik sei die Furcht vor anhaltend hoher Erwerbslosigkeit gewesen: „The true problem was unemployment“ (S. 108). Auch den „Greenspan put“ stellt Rajan in diesen Zusammenhang (S. 113 f.). Entsprechend zielen viele der Reformvorschläge, mit denen *Fault Lines* schließt, auf ein Abmildern der sozialen Polarisierung in den USA. Erreicht werden soll dies durch die Verbesserung des Qualifikationsniveaus – und damit, so Rajans Annahme, auch der Beschäftigungsfähigkeit – der Bevölkerung („improve the quality of human capital of the workforce“: S. 184). Freilich fällt Rajan mit diesem Reformvorschlag hinter seine eigene Analyse der *jobless recoveries* zurück. Dass dort, wo es mehr qualifizierte Arbeitssuchende gibt, auch mehr Arbeitsplätze entstehen, scheint jedenfalls ein Trugschluss zu sein. Einleuchtender ist Rajans Ruf nach einer Stärkung der sozialen Sicherungssysteme (S. 192–201).

Andere Reformvorschläge betreffen das, was Rajan „global economic governance“ nennt. Ihm schwebt eine stärkere, aber gleichwohl vorsichtige Regulierung des Finanzsektors vor: „[W]e have to limit finance’s ability to do damage while harnessing its creative energies“ (S. 156). Außerdem spricht er sich für die Stärkung von IWF und Weltbank aus (S. 215 ff.). Auftrag dieser und anderer multilateraler Institutionen müsse es sein, gegen die Gefahr einer „disintegration of the global economy into protectionism“ vorzuge-

hen (S. 223), die angesichts eines auf absehbare Zeit gedämpft bleibenden Wirtschaftswachstums („The most likely prognosis is for a period of relatively slow growth“: S. 154) nicht zu unterschätzen sei.

Zandi, Wessel und Rajan schreiben sämtlich aus der Perspektive „von oben“ – aus der Perspektive der Kapitaleigentümer, Zentralbanken und Regierungen. Diese Perspektive ist sicherlich notwendig, um den Krisenverlauf zu verstehen. Doch lässt die Lektüre von *Financial Shock, In Fed We Trust* und *Fault Lines* auch spüren, wie sehr wir nun eine Darstellung der Krise aus der Perspektive „von unten“ – der Perspektive der lohnabhängigen Bevölkerung – benötigen.

*Max Henninger*

**Asef Bayat, *Life as Politics: How Ordinary People Change the Middle East*, Stanford University Press: Stanford 2010. 310 Seiten. USD 21,95 (deutsche Ausgabe mit einem neuen Beitrag zu den Frühlingsrevolutionen in Vorbereitung beim Verlag Assoziation A, Berlin)**

Asef Bayats Buch enthält einen Schlüssel zu den Frühlingsrevolutionen im Maghreb und im Nahen Osten, vielleicht gerade weil es in den zehn Jahren vor dieser Revolution geschrieben und am Vorabend der Revolution veröffentlicht wurde. Es ist ein soziologisches Buch, aber gut lesbar. Ausgehend von einem im Jahre 2000 veröffentlichten Aufsatz, „*From ‘Dangerous Classes’ to ‘Quiet Rebels’*“, entfaltet Bayat eine Perspektive, in der nicht die Ereignisgeschichte, nicht die Politik, nicht die Organisationen und nicht die Bewegungen im Vordergrund stehen, sondern eine Präsenz der Unterschichten, die in langen Wellen zu unaufhaltsamen und den repressiven Regimes nicht zugänglichen Veränderungen führt. Die Frühlingsrevolutionen waren ein Ausdruck davon und eine Zwischenstation, aber nicht der Endpunkt dieser Entwicklungen.



Bayat ist Professor für Soziologie und Middle East Studies an der Universität von Illinois; zuvor hielt er eine entsprechende Professur in Leiden inne. Geboren 1954 in einem iranischen Dorf, sechzig Kilometer entfernt von Teheran, verbrachte er seine Schulzeit und die ersten Studienjahre in Teheran, wo er sich in der studentischen Linken engagierte und unter anderem auch Vorlesungen Ali Shariatis besuchte. Der Wechsel nach England, ein Jahr vor der iranischen Revolution, war für ihn ein Schock: Erfüllt mit linken Gewissheiten sah er sich vor die Notwendigkeit gestellt, alles noch einmal neu zu lernen. Und kurz darauf, bei Besuchen im revolutionären Teheran, erlebte er, dass die dortigen Vorgänge in der Terminologie der westlichen Sozialwissenschaften nicht recht zu beschreiben waren. Ab Mitte der 1980er Jahre forschte und lehrte Bayat an verschiedenen US-amerikanischen Universitäten, wobei er sich gleichzeitig ab 1986 17 Jahre lang überwiegend in Kairo aufhielt, als Lehrer an der dortigen Amerikanischen Universität. Wir beschreiben diesen Lebenslauf so ausführlich, weil aus ihm zwei Eigenarten Bayats hervorgehen: zum einen das Bewusstsein von der Lücke zwischen den westlichen Sozialwissenschaften und den Lebenswirklichkeiten im arabischen Raum und im Iran, zum anderen die Fähigkeit, die Entwicklungen im Iran und in Ägypten zu vergleichen.

*Life as Politics* enthält überarbeitete Fassungen von Aufsätzen aus den Jahren 2000–2009, ohne dass es zu allzu störenden Überschneidungen kommt. In der eigens geschriebenen Einleitung präsentiert Bayat die Kernthese des Buchs und versucht, einen Begriff zu finden für den beharrlichen sozialen Druck von unten, von Seiten der städtischen Unterschichten, der unterschwellig und in langen Wellen bereits zu tiefgreifenden Veränderungen geführt hat. Für diesen Prozess, den er ursprünglich als „*quiet encroachment*“ beschrieben hatte, als stilles und unterschwelliges Vordringen der Unterschichten, führt er den Begriff des „*social non-movement*“ ein. Soziale Bewegungen klassischen Musters, wie sie sich in Europa seit Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelt haben (Bayat folgt der Definition, die Charles Tilly in *Social Movements and National*

*Politics* gegeben hat; vgl. S. 19), präsentieren in der Regel Forderungen gegenüber den Autoritäten und verfügen über ein Repertoire von Strukturen und Aktivitäten, um Druck auszuüben und die eigene Sache politisch in Szene zu setzen. Derartige Bewegungen konnten sich unter den autoritären arabischen Regimes nur in Ansätzen entwickeln, und der Begriff bezieht sich vielleicht ohnehin nur auf das europäische 19. Jahrhundert. Aber allerorten gibt es einen „cry for change“, und es gibt, besonders in den Armenvierteln der großen Städte des Nahen und Mittleren Ostens, die „kollektiven Aktionen nicht-kollektiver Akteure“, gemeinsame und in großer Zahl ausgeführte Praktiken, welche die Straßen und die Armenviertel in Orte einer sozialen Transformation verwandelt haben. In dem, was er als „non-movements“ bezeichnet, erkennt Bayat die wichtigsten Kräfte des sozialen Wandels im arabischen Raum und im Iran. Als Beispiele nennt er die Landbesetzungen, das Anzapfen von Strom- und Wasserleitungen, die informelle Ökonomie und die Einvernahme der Straßen als öffentliche Orte von unten, die internationale Migration, das Ringen der muslimischen Frauen um Präsenz und die Verhaltensformen der Jugendlichen. All dies sind keine „Sozialbewegungen“ im klassischen Verständnis Tillys, aber es sind die großen Kräfte der Veränderung.

Im Jahre 1997 hat Bayat ein anderes Buch veröffentlicht, eine Auseinandersetzung mit der iranischen Revolution unter dem Titel *Street Politics*. Bereits zu diesem Zeitpunkt hatte er einen begrifflichen Mangel gegenüber den kollektiven, aber nicht koordinierten Aktionen der Armutbevölkerung aus der Teheraner Südstadt festgestellt und dieses Defizit mit dem Begriff eines „passiven Netzwerks“ zu beheben versucht. Die „street politics“ leben auch im vorliegenden Buch wieder auf. Dieses enthält zwei Hauptteile: einen ersten Teil über die „non-movements“ und einen zweiten über die „street politics“.

Der erste Teil von *Life as Politics* enthält zunächst den grundlegenden Aufsatz „*The Quiet Encroachment of the Ordinary*“ aus dem Jahr 2000, in dem Bayat seinen Ansatz abgrenzt gegenüber Beschreibungen städtischer Sozialbewegungen, die sich seit den

1960er Jahren wesentlich auf Lateinamerika bezogen (Janice Perlman, Manuel Castells), denn im Mittleren Osten gab es – vor der Revolution – keine Stadtteilkomitees, keine Delegiertentreffen und keine Suppenküchen. Bayat grenzt sich ebenfalls ab vom Widerstandsbegriff bei James Scott und seiner Schule sowie bei Foucault. Bei Scott geht es um Intentionen, bei Bayat um nicht unbedingt intendierte Folgen einer alltäglichen massenhaften Praxis; bei Scott geht es um die Verteidigung eines sozialen Status, bei Bayat um neue und unmittelbare, aus der Überlebensnotwendigkeit geborene Anforderungen. Die staatliche Macht, die im Mittleren Osten eine so bedeutende Rolle spielt, kommt bei Scott kaum vor, und auch bei Foucault nur in vermittelten Formen. Bayat sieht im „*quiet encroachment*“ einen lang anhaltenden Prozess der Reproduktion und Redistribution sozialer Güter und der Erlangung und Absicherung sozialer Räume. Der Begriff hat, in seiner Betonung der langfristig wirksamen Veränderungen des Alltags, eher eine Braudelsche Dimension. Einen Umschlag ins Politische gebe es erst dann, wenn unverzichtbare Errungenschaften des „*encroachment*“ durch den Staat bedroht würden – ein Konflikt, der über kurz oder lang unausweichlich sei und der in den Formen der „*street politics*“ ausgetragen werde. In Gefahrensituationen kollektivieren sich passive Netzwerke, so Bayat: Sie gehen auf die Straße und proklamieren den Umsturz. Am Ende dieses paradigmatischen Aufsatzes kommt Bayat auf die Globalisierung zurück: Die Strukturanpassungsprogramme und der Rückzug der Staaten aus der sozialen Moderation haben die Armut verschärft, aber sie haben zugleich Räume der Selbstorganisation eröffnet und das Reich der Notwendigkeiten für die Armutsbevölkerungen erweitert.

Der folgende Aufsatz, das vierte Kapitel des Buchs, setzt die eben beschriebene Argumentation fort und bezieht sie auf die konkreten Verhältnisse im Iran, in Ägypten und in der Türkei. Bayat grenzt das „*quiet encroachment*“ ab gegen Aktionsformen, die den Armutsbevölkerungen im Mittleren Osten eher nicht zu Gebote stehen, und gegen islamistische Bewegungen. Das fünfte Kapitel

beschreibt, wie die feministischen Strömungen im Iran auf den Rückschlag, der mit dem Iran-Irak-Krieg 1980 einsetzte, mit einem „*quiet encroachment*“ des öffentlichen Sektors reagiert haben.

Das sechste und das siebte Kapitel, beide 2007 geschrieben, nähern sich bereits den heutigen Zuständen. Sie beschreiben die Inanspruchnahme von Jugendlichkeit als Bewegungsform beziehungsweise Nicht-Bewegungsform, und zwar vergleichend für den Iran und Ägypten. In beiden Ländern hat der Prozess massenhafter Verschulung überhaupt erst zur Ausbildung einer Jugend als Lebensphase geführt, damit aber auch zur Ausbildung einer aufmüpfigen Präsenz auf den Straßen und an anderen Orten. Ein Drittel der Bevölkerung im Iran sind Studierende, und in Ägypten ist es nicht viel anders. Bayat beschreibt zunächst, wie sich im Iran „passive Netzwerke“ und die Präsenz der Jugendlichen herausgebildet haben: Musikkulturen, die Nutzung des Handys, eine unterschwellige sexuelle Revolution. Die Jugendlichen empfinden sich dabei zwar als religiös, haben zu den religiösen Ritualen des Regimes allerdings keinen Bezug. Wohl aber nutzen sie die religiösen Feste, um eigene Partys zu feiern. Anders in Ägypten, wo sich – bei ganz ähnlicher demographischer Entwicklung und Urbanisierung – eine Dichotomie zwischen „*joy*“ und „*sex*“ einerseits und einer neuen nicht-staatlichen Religiosität andererseits ausgebildet hat – oftmals zum Nachteil der jungen Frauen. Erst in den letzten Jahren ist es in Ägypten zu einer auch politischen Artikulation der Jugendlichen gekommen, wobei der Gebrauch des Internet seit 2006 und die Verfügbarkeit von Facebook seit 2009 eine wichtige Rolle gespielt haben. Eine etwas dichtere Beschreibung der sozialen Realität, wie in diesem Kapitel, hätte man sich auch an vielen anderen Stellen im Buch gewünscht. Bayat ist im Iran aufgewachsen, seine Töchter in Ägypten, seine Frau forscht über die ägyptische Jugend – für dieses Gebiet liegt also eine besondere Kompetenz vor. Das sechste Kapitel ist jedenfalls mit besonderem Gewinn zu lesen.

Der zweite Teil des Buches, „*Street Politics*“, enthält zunächst, als achtes Kapitel, eine lesenswerte Miniatur über die Topographie von

Straßen und Plätzen, an denen sich revolutionäre Erhebungen kristallisiert haben: Enghelab, Tahrir, Taksim. Das neunte Kapitel untersucht den (aufgrund bestimmter Ängste und Interessen immer wieder aktivierten) Mythos vom Islamismus der Armen. Bayats Antwort auf diesen Mythos: Die Islamisten sind verarmte Mittelschichten, sie wohnen aufgrund der Mietsteigerungen zum Teil in den Slums, aber sie haben keinen, und wenn, dann nur einen taktischen Bezug zur städtischen Armut. Im zehnten Kapitel stellt Bayat diesen Ängsten einen „Kosmopolitismus der Armen“ entgegen. Im großstädtischen Alltag entwickeln die Armen die Fähigkeit, sich untereinander zu erkennen und zu verständigen, und zwar über unterschiedliche Herkunftsprägungen, Religionszugehörigkeiten und Stadtteilidentitäten hinweg. Im elften Kapitel beschreibt Bayat dann das Revival der „Straße“: Es entfaltet sich zunächst in panarabistischer, propalästinensischer Rhetorik, seit 2002 aber auch zunehmend mit alternativen Forderungen und Bewegungsformen.

Auf den dritten Teil des Buchs, der einen inzwischen überholten Ausblick beinhaltet, möchten wir hier nicht eingehen – wohl aber noch auf das zwölfte Kapitel, welches nach der Zukunft islamischer Revolutionen fragt und 2008 geschrieben wurde. Der Globalismus verhält sich, so Bayat, im Grunde antithetisch zu Revolutionen im klassischen Sinn. Neue Kommunikationen und eine *global linkage* lassen die alten, letztlich immer national beschränkten Revolutionen obsolet erscheinen. Islamistische Revolutionen werde es also nicht geben – eher Rebellionen, „*non-movements*“ und vielleicht auch Bewegungen, die sich in den Kontext einer neuen Globalität von unten einbringen.

Wir haben es bei diesem Buch insgesamt mit einem Überblick zu tun, der nicht nur eine Reihe eurozentrischer Paradigmata in Frage stellt, sondern zugleich auch eine eigene, in vielerlei Hinsicht neuartige Hypothese aufstellt, die geeignet ist, unser Denken über soziale Dynamiken zu revolutionieren. Das fängt an beim Begriff der Sozialbewegungen, der, wenn wir den Definitionen Tillys folgen, wahrscheinlich eher einen europäischen Sonderfall bezeichnet, so-

dass er sich für ein Denken in globalen Maßstäben nicht eignet. (Sogar Thompson, der letztlich der Quell für das Nachdenken über Sozialbewegungen ist, beschreibt ja einen historischen Sonderfall.) Das gilt nicht minder für einen Revolutionsbegriff, der immer wieder an 1789 orientiert war und von den Leninisten auf ein Weltniveau gehoben wurde, auf welchem er stets nur in Form von Modernisierungsregimes Anwendung fand und zu Massakern führte. Es geht weiter mit unseren Begriffen von Funktionalität, die – in Bezug auf die Stadt – von den Autoren des Nordens, von Henri Lefebvre über Saskia Sassen bis hin zu Mike Davis, auf das globale Kapital bezogen bleiben. In Bezug auf die Analysen des globalen Kapitals selbst gilt dies ohnehin. Diese Analysen bleiben wichtig, aber es steht ihnen keine Zentralität zu.

Wir selbst sind Kinder des Nordens, aus dem 20. Jahrhundert stammend. Für den Norden war unsere Analyse des Kapitals als soziales Verhältnis adäquat, denn sie enthielt die progressive Einvernahme der Bevölkerungen des Nordens in das Kapitalverhältnis, eben jene spezifische Kombination von Rationalisierung, Sozialstaat und Imperialismus, die das 20. Jahrhundert im Norden geprägt hat. Aber die Verhältnisse haben sich geändert. Die Bevölkerungsmassen der Südkontinente wurden nicht einvernommen, sondern marginalisiert. Wenn es darum geht, das Gravitationsfeld der Analyse zu entkolonialisieren und die Analyse auf die autochthonen Interessen der Unterschichten im globalen Maßstab zu beziehen – und alles andere wäre doch wohl „konterrevolutionär“ –, kommen wir nicht umhin, vieles von dem in Frage zu stellen, was wir auch nach 1989 noch unhinterfragt in unseren linken Köpfen tragen. Es gibt inzwischen eine Literatur, die ein neues Denken beflügeln könnte, und innerhalb dieser Literatur ist Bayats Buch ein hervorragender Beitrag. Weitere Bausteine finden sich zum Beispiel in den Büchern von Abdumaliq Simone, in einigen Büchern, die den Subaltern Studies verpflichtet sind, und in den Arbeiten Raúl Zibechis.

Was gibt es an Kritik zu äußern? Als erstes sind uns zwei Dinge aufgefallen: Zum einen hätten wir uns gewünscht, dass die dichte Beschreibung, die im Kapitel über die Jugend ansatzweise gelingt, auch in anderen Kapiteln durchgehalten wird. Weil die Theorie der „passiven Netzwerke“ bereits in der Einführung so soziologisch gespreizt daherkommt, könnte der Eindruck entstehen, das Soziale sei eine Emergenz aus dem Nebulösen. Aber Bayat hat beschrieben, was er nur konnte. Zweifellos war er fasziniert von der Offenheit der Straßenhändler und mancher Bewohner der Armutsviertel von Kairo. Aber aus dem Slum heraus kann er nicht berichten. Und so mag auch, zweitens, den absteigenden Mittelschichten an manchen Stellen des Buchs zu viel Raum gewidmet sein. Der Topos von den (aufgrund von Strukturanpassungsprogrammen) absteigenden Mittelschichten ist zwar verbreitet und zweifellos von großer politologischer Bedeutung. Doch Bayats Beobachtungen haben eigentlich einen ganz anderen Horizont. Die Umbrüche im Nahen und Mittleren Osten haben ja bislang noch keine eigenständige Theorie der sozialen Umwälzungen hervorgebracht. Anders als in Lateinamerika, wo Theoretiker die Begrifflichkeit der Aktivisten umstandslos aufgreifen können, bleiben die theoretischen Ansätze eines Asef Bayat notgedrungen äußerlich. Dennoch sind sie die ersten Instrumente einer neuen Erkenntnis.

Wir sind äußerst gespannt, wie Bayat seine Hypothesen auf die Frühlingsrevolutionen beziehen wird. Seine passim geäußerte Vermutung, dass die Frühlingsrevolutionen letztlich auf eine Art türkisches AKP-Modell hinauslaufen werden, hat vieles für sich, aber das ist es nicht, was uns interessiert. Die entscheidende Frage ist doch, und sicher auch für Bayat, ob es den Armutsbevölkerungen gelingen wird, ihre Präsenz zu stärken, den Frauen, ihre Freiheiten zu verteidigen und der Jugend, ihre Jugendlichkeit zu leben. An diesen Fragen wäre jegliches Regime zu messen, und die Antwort auf diese Fragen wäre seine Legitimation.

Eines hat Bayat allerdings nicht voraussehen können, nämlich die Gefahr, die den Aufständen durch die Militarisierung droht.

Wenn Teile der untergehenden arabischen Heere die Fahnen wechseln und sich an die Spitze der Aufstände stellen, verwandeln sich die jungen Männer in Soldaten und die Frauen in Kochtrupps der Etappe – die soziale Dynamik wird durch Krieg erstickt. Doch selbst in Libyen nehmen nach dem Krieg die jungen Leute ihre Kritik an den alt-neuen Verhältnissen wieder auf, und in Syrien wie im Jemen weigert sich die arabische Straße, sich nach militärischem Muster aufzustellen. In dieser Verweigerung liegt vielleicht mehr Hoffnung, als man von Europa aus wahrzunehmen vermag.

*W. Bergmann / Helmut Dietrich*